



Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 10. Juni 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Melanie Eberhard (SP), Leonie Bolz (SP), Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP), Lea Wirz (Grüne/jgb)</i>

Verhandlungsgegenstände:

22.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR	2
23.	Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote, Schreiben des RR.....	3
24.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend "Ein Bus" für Basel, Schreiben des RR	5
25.	Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR	8
26.	Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Wasserstofftankstellen, Schreiben des RR.....	12
26.1.	Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und H2-Brennstoffzellen-Antrieb, Schreiben des RR	12
27.	Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität", Schreiben des RR.....	13
28.	Motion der Spezialkommission Klimaschutz für eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen per 2035, Zwischenbericht des RR.....	15
29.	Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen, Stellungnahme des RR	16
30.	Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person», Schreiben des RR .	17
31.	Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt, Schreiben des RR	17
32.	Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus, Schreiben des RR	18
33.	Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung, Stellungnahme des RR.....	18
34.	Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds, Stellungnahme des RR	21
35.	Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz, Schreiben des RR	26
36.	Anzug der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend ergänzende Velomassnahmen zur Sanierung St. Jakobs-Strasse, Zeughaus - Birsstrasse, Schreiben des RR	27
37.	Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung, Schreiben des RR	27



Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 10. Juni 2026, 15:00 Uhr

22. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR

[10.06.26 15:00:53, 24.5142.02]

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Wir finden, dass dieser Anzug teilweise erfüllt wird, die Teuerung wird angepasst, die regelmässigen Anpassungen werden vorgenommen. Dieser Teil ist auch der Teil, der überhaupt machbar ist aus einer kantonalen Sicht und dieser wird erfüllt.

Nicht erfüllt werden die anderen Forderungen. Aber das sind Forderungen aus dem KVG. Machen diese Regelungen Sinn? Macht es Sinn, dass für einen Hörakustiktermin die Fahrt übernommen wird, bei der technischen Seite dann nicht? Nein, das macht keinen Sinn, da bin ich bei Ihnen und das ist ärgerlich. Aber wir müssen realistischerweise auch anerkennen, dass hier der Kanton mutmasslich sehr, sehr wenig Handlungsspielraum hat. Ursächlich ist das KVG und zuständig ist der Bund und die Bundesparlamentarier und die Änderungen müssen von dieser Seite her kommen. Wir sehen darum wenig Sinn im Stehenlassen und werden den Anzug darum abschreiben.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Mit diesem Vorstoss verlangte ich die Erhöhung des sehr knapp gemessenen Pauschalbetrags von 400 Franken pro Monat für persönliche Auslagen von EL-Bezügerinnen und -Bezügern in Heimen und Spitälern. Zudem soll die Betragshöhe regelmässig überprüft und angepasst werden, inklusive Teuerung. Diese zwei Forderungen hat der Regierungsrat erfreulicherweise erfüllt, wobei der Betrag nur um 14 Franken pro Monat per 1. Januar 2027 erhöht wird.

Weiter sollte mit dem Anzug geprüft werden, ob auch Fahrten zum Hörgeräteakustiker sowie Podologieleistungen auch für Nicht-Diabetiker durch die Ergänzungsleistungen finanziert werden können. Diese zwei Forderungen wurden durch den Regierungsrat leider nicht erfüllt. Bisher wird die Fahrt zum Ohrenarzt von den Ergänzungsleistungen übernommen, die Fahrt zum Hörgeräteakustiker aber nicht, mit der Begründung der Hörgeräteakustiker sei keine medizinische Behandlungsstelle gemäss KVG.

Die Kosten für Podologie werden für Nicht-Diabetiker von der Krankenkasse nicht übernommen und auch von den Ergänzungsleistungen nicht. Diese unterschiedlichen Behandlungen machen keinen Sinn und sind unfair, denn es handelt sich dabei schliesslich auch um krankheitsbedingte Kosten. Die entsprechende Verordnung ist kantonal und könnte durch den Regierungsrat ganz einfach angepasst werden.

Deshalb bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Damit geht der Auftrag oder die Bitte an den Regierungsrat, die zwei genannten Forderungen auch zu erfüllen, dass also die Fahrten zum Hörgeräteakustiker und Podologieleistungen für Nicht-Diabetiker auch von den EL bezahlt werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009129, 10.06.26 15:04:48]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 27 Ja-Stimmen, 59 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

23. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote, Schreiben des RR

[10.06.26 15:05:02, 24.5143.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Armut gibt es auch in unserer reichen Stadt Basel und entsprechend wichtig ist auch unser Augenmerk und die Bekämpfung dieser Situation, dass Menschen in Armut leben. Die grösste Gefahr, wo wir am meisten Armut antreffen, ist dort, wo Menschen ihre ihnen zustehenden Leistungen nicht beanspruchen. Und genau deshalb ist das Augenmerk des Regierungsrates sehr stark und sehr präzise auch auf dem Nichtbezug bei den Sozialleistungen, weil wenn die Menschen, Haushalte und Familien die Leistung beziehen würden, die ihnen zusteht, dann kann Armut in den meisten Fällen verhindert werden. Aus diesem Grund ist es wichtig und da bin ich auch froh um diesen Anzug von Nicole Amacher, so dass es uns möglich war, auch darzulegen, was wir tun.

Wir sind aktiv auf verschiedenen Ebenen. Ganz offensichtlich ist das Kennen des Nichtbezugs, dementsprechend haben wir jetzt auch die Nichtbezugsstudie aktualisiert, auch synchronisiert zeitlich zwischen den verschiedenen Ämtern bei mir im Departement, also zwischen der Sozialhilfe und den Leistungen des Amtes für Sozialbeiträge. Das gibt uns einen klaren Blick auch, wo und wie hoch der Nichtbezug ist. Dieser Nichtbezug ist statistisch höchstwahrscheinlich ein bisschen zu hoch eingeschätzt, weil gewisse Faktoren nicht berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Vermögenssituation und weitere Situationen, aber er zeigt uns vor allem auch in der zeitlichen Entwicklung, wie sich der Nichtbezug entwickelt.

Und da sehen wir in den meisten Bereichen eine gute Entwicklung, nämlich dass diese Quote sinkt. Wir haben hingegen bei den Prämienverbilligungen eine leicht andere Tendenz bei Quote und auch bei der Sozialhilfe leicht anders, aber in absoluten Zahlen hat auch dort die Anzahl von Menschen, die in den Nichtbezug fallen oder dort anzusiedeln sind, abgenommen. Das heisst, diese Tendenz ist gut aber soll uns nicht daran hindern, weiterhin da zu arbeiten.

Wir versuchen täglich, die Leistungen verständlicher zu machen, zu kommunizieren, damit die Menschen wissen, was sie erwartet, auch zu übersetzen in andere Sprachen und in den direkten Anschreiben auch sie hinzuweisen auf ihre Ansprüche, die sie haben könnten. Wir haben das bei der Sozialhilfe gemacht auch. Dort war die Antwortquote sehr ernüchternd, sie war nämlich relativ gering und auch von den Menschen, die sich gemeldet haben, hatten viele am Ende des Tages keinen Anspruch auf Sozialhilfe, weil es sich oft um selbständige Personen gehandelt hat. Und Selbständigkeit und Sozialhilfe beziehen ist eine schwierige Sache, weil wir möchten nicht Geschäftsmodelle, die nicht funktionieren, die auch in Konkurrenz stehen zu anderen Selbständigen, mit Sozialhilfe unterstützen. Das heisst, in der mittleren Frist, wenn man Sozialhilfe bezieht, ist eine solche Selbständigkeit mittelfristig nicht möglich. Das ist mir noch wichtig zu betonen.

Im anderen Bereich, bei den Ergänzungsleistungen, da haben Sie auf unseren Antrag hin die gesetzliche Grundlage geschaffen, dass wir auch dort wie bei den Prämienverbilligungen potenziell Berechtigte anschreiben können. Das ist jetzt am Laufen, es ist noch zu früh, hier eine Auswertung zu machen, wie gross hier die Rücklaufquote war und wie viele von diesen angeschriebenen Menschen dann effektiv anspruchsberechtigt sind.

Ich sehe, dass die meisten Fraktionen abschreiben möchten, wie Ihnen das auch der Regierungsrat beantragt. Wir werden trotzdem auch mit Abschreiben an diesem Thema bleiben, um den Nichtbezug wo möglich weiter zu senken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Nicole Amacher.



Nicole Amacher (SP): Zuerst möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken, die diesen Vorstoss unterstützt haben. Er hat doch einiges erreicht, und ich bedanke mich natürlich auch beim ASB, bei Regierungsrat Kaspar Sutter für die umfangreiche Beantwortung oder Stellungnahme zum Anzug und auch für die bereits eingeführten Massnahmen, um die Niederschwelligkeit des Bezugs zu verbessern. Beispielsweise erhielt die Website Informationen in einfacher Sprache, mehrsprachige Erklärvideos und Tonaufnahmen zu den Leistungen und zum Vorgehen bei der Antragstellung. Und es gibt nun einen Sozialleistungsrechner, um einfach ausrechnen zu können, auf welche Leistungen Anspruch bestehen. Neu informiert das ASB seit diesem Februar gezielt Personen, die aufgrund ihrer Steuerdatenpotenzial Anrecht auf Ergänzungsleistungen haben. Und hier war natürlich auch nochmals der Vorstoss von meiner Kollegin Christine Keller sicher auch massgebend.

Das ist ja alles super und hilfreich und trotzdem, Regierungsrat Kaspar Sutter hat es ja vorhin auch nochmal gesagt, ist der Nichtbezug immer noch sehr hoch. Bei den Ergänzungsleistungen beträgt dieser immer noch 32%. Der Nichtbezug bei den Krankenkassenprämienverbilligungen ist gar noch gestiegen und beträgt neu 23%. Ja, ein kleiner Lichtblick, der Nichtbezug bei den Familienmietzinszuschüssen ist etwas gesunken. Aber bei der Sozialhilfe sehen wir deutlich, dass sich bei den Anspruchsberechtigten ohne Schweizer Pass die Nichtsbezugsquote merklich erhöht hat und je nach Aufenthaltsbewilligung eine Quote zwischen 45 bis 50% des Nichtsbezugs erreicht.

Und auch im Gesamten gesehen bin ich nicht der gleichen Meinung wie der Regierungsrat, ich sehe bei der Sozialhilfe keinen Rückgang des Nichtbezugs, denn die Herausnahme der Quellenbesteuerten aus der Erhebung, weil das die meisten anderen Kantone auch so machen, und deshalb der Nichtbezug von 30% auf 25,5% gesunken ist, sehe ich nicht als Fortschritt. Besorgniserregend ist, dass aufgrund der immer noch steigenden Arbeitslosigkeit sich die Gruppe der Anspruchsberechtigten in der Sozialhilfe jetzt vergrössert und umso wichtiger ist es, die immer noch vorhandenen grossen Hürden aus dem Weg zu schaffen, damit diese Menschen die Unterstützung beantragen und sie möglichst nicht in die Schuldenspirale geraten.

Ich und einige der Mitunterzeichner:innen waren sehr hin- und hergerissen bezüglich des Abschreibungsantrags dieses Anzugs, denn es gibt ja einige Aspekte, die ich auch erwähnt habe, die auch für Stehenlassen gesprochen hätten. Und dennoch haben wir uns dazu entschieden und wollen weiter mit gezielten Vorstössen Ideen lancieren, um den Nichtbezug der Sozialleistungen weiter zu reduzieren, damit künftig weniger Menschen in Basel-Stadt in eine derart prekäre finanzielle Lage geraten, um eben auch auf die Sozialhilfe angewiesen zu sein. Und nicht, weil ich Anspruchsberechtigten davon abrate, nein, im Gegenteil, ich finde die Sozialhilfe super wichtig, aber weil ich in meiner Arbeit mit Betroffenen erlebe und mir auch andere Fachpersonen erzählen, die die gleichen Erfahrungen machen, nämlich diese, dass die Hemmschwelle bei den Betroffenen, diesen Schritt zu machen, unglaublich riesig ist und dann oft eben auch nicht gemacht wird. Stattdessen versuchen sie mit aller Kraft, sich irgendwie finanziell durchzukämpfen und leider ist das häufig der Weg in eine meist aussichtslose Verschuldungssituation. Und warum machen sie das? Weil ihre Angst vor der Aufgabe ihrer Selbstbestimmtheit, die Scham, die Stigmatisierung, welcher Sozialhilfebezüger:innen immer noch ausgesetzt sind, eben real ist. Und natürlich ganz gross ist sie bei denen, die das betrifft, die Angst vor Rückstufung bei der Aufenthaltsbewilligung oder gar der Ausweisung.

Diese Angst ist wirklich recht gross. Ich weiss, dass da Bestrebungen gelaufen sind, dass das ASB 391 Anspruchsberechtigte für die Sozialhilfe angeschrieben hat und der Rücklauf sehr gering war, nämlich eben nur 21 Personen. Das zeigt auch, wie, wie hoch die Hemmschwelle bei diesen Menschen ist. Ich sehe das nicht so, als gäbe es kein Problem, sondern ich sehe es eben als ein Problem. Man will einfach nicht auf den Radar geraten, man hat wirklich Angst vor Konsequenzen, die ja irgendwann ja dann auch eintreten würden.

Und ja, da gebe ich Regierungsrat Kaspar Sutter recht, unser Sozialsystem in Basel ist gut ausgebaut, da sind wir uns alle einig. Und wir sind ja auch weiter daran, es zu verbessern, wie auch mit den Mietzinszuschüssen für Einzelpersonen oder bald auch hoffentlich mit den Familien-Ergänzungsleistungen. Aber, und das habe ich auch schon bei der Einreichung des Anzugs gesagt und das hat vorhin auch Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt, eine nachhaltige Sozialpolitik funktioniert nur dann, wenn die Unterstützung bei den Menschen ankommt.

Jetzt wurden erste Verbesserungsmassnahmen gemacht. Aber ich glaube, wir sind noch lange nicht da, wo wir sein müssen. Beispielsweise braucht es eine bessere Koordination zwischen den einzelnen Leistungen, damit bei Anspruch auf mehrere Leistungen nicht x-fach dieselben Unterlagen eingereicht werden müssen. Wir müssen die Menschen noch mehr, also wirklich noch mehr informieren und da, wo sie eben sind, also aufsuchend. Der nächste Anzug ist vielleicht ein guter Ansatz dafür.

Wir brauchen weiterhin Ihre Unterstützung, damit wir bei weiteren Vorstössen und Ideen, die den Nichtbezug reduzieren wollen, auch Ihre Unterstützung haben. Ich habe gehört, dass das ASB und auch die Regierung sehr bestrebt sind den Nichtbezug weiter reduzieren zu wollen und das stimmt mich doch hoffnungsvoll.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Besten Dank. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

24. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel, Schreiben des RR

[10.06.26 15:16:30, 24.5266.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Am Freitag fand in Basel-Stadt Einblick statt. Das ist ein Nachmittag und Abend, wo die sozialen Institutionen in unserer Stadt, in unserem Kanton offen sind für Besuchende, für Interessierte und ihnen ihre Arbeit und ihre Herausforderung darlegen. Ich selber war auch unterwegs und einige von Ihnen waren auch bei Einblick in diesem Jahr. Es hat eindrücklich gezeigt, wie breit das soziale Basel ist und es macht auch unser Angebot aus, anders im Vergleich mit vielen anderen Städten und Regionen, dass es nicht nur der Staat und die Stadt sind, sondern dass auch ganz viele private Organisationen, Stiftungen, Vereine, NGOs in diesem Bereich tätig sind, viele von ihnen auch mit Leistungsvereinbarungen und finanzieller Unterstützung der Stadt und des Kantons. Und ich glaube, wenn wir davon sprechen, ob es zusätzliche Angebote braucht oder nicht, dann ist es wichtig, nicht nur auf die enge staatliche Perspektiven zu schauen, sondern dieses soziale Angebot in seiner Breite zu erfassen, wozu eben auch all die privaten Angebote gehören, die einen sehr wichtigen und wesentlichen Beitrag leisten für das soziale Basel.

Und da gibt es viele Bereiche, auch in dem hier im Anzug angesprochenen Bereich, wo Beratung stattfindet, die aufsuchend ist, die niederschwellig ist. Um einige zu nennen: Wir haben das Fachteam Mittler im öffentlichen Bereich der Abteilung Sucht, das ist eine staatliche Stelle mit niederschwelliger Beratung. Wir haben das Angebot Last der UPK Basel, der psychiatrische aufsuchende Arbeit betreibt. Wir haben den sehr niederschwelligen und sehr direkt bei den Menschen sich befindenden Verein Gassenarbeit Schwarzer Peter, den Sie alle kennen, mit seiner Beratung und Angebot im öffentlichen Raum und auch mit einem neuen Angebot, nämlich mit ihrem Bus, womit sie zu Hotspots gehen, insbesondere auch beim Bahnhofplatz. Der wichtige Teil dabei ist neben der Beratung, die auch stattfindet, die Erstversorgung im Gesundheitsbereich. Ich glaube, das ist der Ort, wo noch am ehesten eine Angebotslücke da war und so wichtig ist auch dieses Angebot, das der Schwarze Peter hier bringt. Wir haben die Frauen-Oase, wir haben die diakonische Stadtarbeit Elim, wir haben Aliena, die Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe, wir haben das Projekt Housing First für obdachlose Menschen, Pro Senectute, etc. Und seit Neustem ist die Soziale ganz direkt mit präventiver Beratung beim RAV vor Ort anzutreffen, weil die Arbeitslosigkeit ja meistens kurz davor kommt und es wichtig ist, diese Leute zu erreichen. Also das ist auch neu neben dem Bus von dem Verein Gassenarbeit Schwarzer Peter, seit dieser Anzug eingereicht wurde. Also es hat neben dem schon sehr breit bestehenden Angebot jetzt auch noch zwei zusätzliche Angebote.

Wir haben eine sehr breite Beratung. Der Regierungsrat denkt nicht, dass es im Beratungsbereich eine Lücke gibt und dass hier viel mehr erreicht werden kann, wenn wir jetzt noch ein zusätzliches Angebot neben dem bereits erwähnten und dem bestehenden eröffnen. Aus diesem Grund kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass wir kein weiteres zusätzliches Angebot brauchen. Dieses wird nicht den Nutzen erbringen, den man sich erhofft und es ist nicht notwendig, da wir hier keine Angebotslücke in unserer Stadt haben. Aus diesem Grund bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA gemeldet hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Dass wir diesen Anzug stehen lassen wollen, hängt damit zusammen, dass wir den vorherigen abgeschrieben haben. Ich möchte das gerne noch klarer erläutern. Zuerst möchte ich aber gegenüber dem Regierungsrat meinen Dank aussprechen, dass ihm das Thema Nichtbezug sehr wichtig ist. Trotzdem bleibt einiges zu tun, wie das meine Kollegin erläutert hat.



Es geht dabei nicht um den Bus, der Informationen weitergibt, sondern dass die Nichtbezugsquote immer noch zu hoch ist. Es war sehr eindrücklich anlässlich von Einblick zu sehen, wie dicht das Netz an Unterstützungsangeboten, Beratungsstellen und auch an Sozialleistungen ist, auch im Vergleich mit anderen Kantonen. Aber ich stelle auch aufgrund meiner Erfahrungen in der Praxis der Sozialarbeit immer wieder in Frage, ob das Angebot immer gut aufeinander abgestimmt ist und ob wir immer die Menschen, die den Bedarf haben, wirklich erreichen. In allen Sozialwerken muss man erfahren, dass man schnell von der Sozialleistung abgelöst wird, wenn man keinen Anspruch mehr hat. Das führt dazu, dass es Leute gibt, die zwischen den Sozialversicherungssystem hin- und herwandern. Und dort ist ein kleiner Teil des Problems des Nichtbezugs verortet.

Ich gebe dem Regierungsrat aber auch recht, es ist kaum mehr die fehlende Kenntnis der Angebote, die dazu führt, dass Leistungen nicht bezogen werden, sondern es sind vielmehr Überforderung oder fehlende digitale Fähigkeiten, Angst vor negativen Konsequenzen angesichts des Ausländer:innengesetzes, Scham und Hemmungen, diese Leistungen in Anspruch zu nehmen, vielleicht aber auch schon gemachte schlechte Erfahrungen mit Behörden.

Was mir aber fehlt, ist die aufsuchende Behörde, über alle Angebote hin gedacht, indem eine aufsuchende Sozialhilfebehörde vor Ort ist, zum Beispiel in den Quartiertreffpunkten, um zu schauen, wer einen Anspruch hat und wie man niederschwellig ausgestalten kann, dass der Anspruch dann auch fliesst. Das fände ich eine prüfenswerte Idee, um gerade Hemmung und Scham abzubauen an einem Ort. Mit Stehenlassen des Anzugs möchten wir erreichen, dass der Regierungsrat das nochmals prüft und uns darüber berichtet.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Wenn ich Nicole Amacher zitiere «Wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen», hat das eine Verbindung auch zu diesem Geschäft. «Ein Bus für Basel» regt an, ein mobiles Beratungsangebot für soziale Fragestellungen zu realisieren. Das existiert ja in Zürich und dort funktioniert es. Der Regierungsrat hat das geprüft und verweist auf zahlreiche bestehende Angebote, die teilweise aufsuchend und teilweise stationär sind in Basel.

In der Anzugsbeantwortung, das hat auch Regierungsrat Kaspar Sutter nochmals gesagt, werden zehn Institutionen genannt, die Hilfe und Beratungen anbieten. Es wird darauf hingewiesen, dass es weitere diverse lokale Angebote gibt und man wolle kein zusätzliches schaffen. Aber es wäre eigentlich gar kein zusätzliches Angebot nach unserer Meinung.

Bei genauer Betrachtung fällt auf, dass sämtliche Beratungsangebote, die aufgezählt wurden, für spezifische Probleme sind. Also ich muss entweder alt sein, jung, ich muss Suchtprobleme haben, ich muss obdachlos sein oder mich auf der Gasse aufhalten oder ich muss psychisch krank sein. Das sind alles Voraussetzungen, um in diese Beratungsstellen gehen zu können. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass der Bus nicht das richtige Instrument ist, weil sich die räumlichen Begebenheiten zwischen Basel und Zürich unterscheiden. Das muss nicht zwingend die richtige Lösung sein. Dennoch bleibt festzuhalten, das hat auch Oliver Bolliger schon ausgeführt, die aufsuchende Arbeit ist für Menschen ohne soziales Netzwerk beziehungsweise ohne Bezugspersonen von enormer Bedeutung, da die Hemmschwelle, eine Beratungsstelle aufzusuchen, häufig sehr hoch ist.

Hierzu ist auf die vielen Beratungsstellen hinzuweisen, die eben nicht bedingungslos Leute aufnehmen, sondern gewisse Bedingungen erfordern. Da ist das Problem, dass eine Person ohne klar definierte oder spezifische Problemstellung im Augenblick, in der es ihr schlecht geht, gar nicht weiss, wohin sie sich wenden soll. Und sie wird sich auch kaum trauen, eine dieser Institutionen zu kontaktieren oder aufzusuchen. Die Personen, die nicht in das Raster der jeweiligen Zielgruppen passen, haben oftmals gar keinen Zugang zu diesen Angeboten.

Was mich immer wieder beschäftigt, ist, dass die Sozialhilfe ja ihren Auftrag macht. Aber sie hätte auch den Auftrag nach Gesetz, immaterielle Hilfe zu leisten, das heisst Beratung und nicht nur fokussiert auf wirtschaftliche Hilfe. Und da komme ich auf das Wichtige. Es bräuchte eine polyvalente Beratung. Ob die aufsuchend ist oder nicht, ist eigentlich noch zu definieren. Aber es braucht eine Stelle, an die Leute hingehen können und sich einmal eine Auslegeordnung machen können und ihre Dinge bündeln können. Und dann braucht es dort einen etwas längeren Beratungszyklus, um auch nachhaltig diese Fälle, wie wir sie nennen, zu begleiten. Das muss natürlich niederschwellig sein, das ist das, was Oliver Bolliger auch mit der aufsuchenden Arbeit meint. Es müsste eine Art Case-Management geben. Und da gibt es ganz wenige Stellen in der Stadt oder im Kanton, die einzelne Fälle machen oder beraten. Ich denke, dass dies eigentlich die nachhaltigere Lösung wäre und beispielsweise administrative Defizite von Personen, das Geltendmachen von Leistungen, Verschuldungsproblematiken dort behandelt werden könnten.

Die Grünliberalen sprechen sich deshalb für ein Stehenlassen aus im Sinne einer polyvalenten Beratungsstelle, die es noch zu schaffen gibt.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich das Positive vorwegnehmen, ich danke dem Regierungsrat für den ausführlichen und sorgfältigen Bericht. Er macht sehr eindrücklich sichtbar, wie viele Institutionen in unserem Kanton aufsuchend tätig sind. Und diese Vielfalt, die ist wichtig, die ist gut. Und es ist auch schön und gut, dass der Regierungsrat sie hier zusammengetragen hat, und auch, dass das WSU jetzt den Nichtbezug von Sozialleistungen untersucht und ernst nimmt mit Studien und hoffentlich dann in Zukunft auch mit einem Armutsmonitoring, das anerkennen wir ausdrücklich.

Aber hier kommt das grosse Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen. Trotz all dieser Angebote, trotz dieser Vielfalt, gehen die Zahlen einfach in eine andere Richtung, also haben wir diesen Nichtbezug, haben wir diese Realität. Und das ist das Kernanliegen dieses Anzugs und das geht jetzt auch nicht um das Fahrzeug des Busses. Mir ist es noch so recht, wenn man den Bus durch eine andere Kombination von aufsuchender behördlicher Arbeit ersetzt. Aber das Problem des Nichtbezugs betrifft einen breiten Kreis der Bevölkerung, Familien, ältere Menschen, Working Poor, die einen rechnerischen Anspruch hätten auf diese Leistungen, auf Ergänzungsleistungen, auf Prämienverbilligungen, auf Mietzinsbeiträge und sie machen ihn nicht geltend. Und genau diese Menschen erreicht man dort, wo sie ohnehin sind, in den Quartieren, in ihren Gemeinschaften, an Begegnungsorten. Ich durfte für eine gewisse Zeit mitarbeiten bei Fundus, aufsuchende Altersarbeit. Das ist genau der Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man dorthin geht, wo diese Personen sich befinden.

Solange wir diese Nichtbezugsquoten in der Dimension haben, können wir diesen Anzug nicht abschreiben. Es geht nicht nur ums Bekanntmachen, es geht darum, vor Ort niederschwellig und ganz konkret zu unterstützen bei der Anmeldung für diesen Leistungen. Diesen aufsuchenden, anpackenden Ansatz zu den Leuten gehen und die Hürde gleich an Ort und Stelle abbauen, die sehe ich in der Antwort des Regierungsrates noch nicht abgedeckt. Und das Pilotprojekt des Schwarzen Peter, liebe Kolleginnen und Kollegen, das begrüsse ich sehr, es geht in eine verwandte Richtung, ist aber auf etwas ganz anderes ausgerichtet. Es ist auf die medizinische und psychosoziale Grundversorgung am Bahnhof ausgerichtet und nicht deckungsgleich mit dem Anliegen des Anzugs. Ich finde es auch hier schön, dass der Regierungsrat das ausführt und es ist auch gut, dass es dieses Projekt gibt, aber es ist halt nicht das Gleiche, was inhaltlich gefordert wurde.

Und sollte sich unser Ansatz künftig mit solchen Angeboten verbinden lassen, wäre das umso besser, aber abgedeckt ist er damit eben noch nicht. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, den Anzug nicht abzuschreiben und ihn stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Zuerst auch der Dank an den Regierungsrat für diesen Bericht über diese Angebote und die Massnahmen, die auch der Kanton selbst ergreift. Ich kann mich im Wesentlichen kurz halten und auf die Vorredner verweisen, möchte aber ganz kurz noch eine Lanze für den Bus brechen. Weil natürlich das Angebot ist etwas anders und es könnte natürlich auch ausgeweitet werden. Aber das Projekt wurde im Oktober 2025 gestartet, es wird zwei Jahre gehen, ist hauptsächlich finanziert durch die Christoph Merian Stiftung und vom Kanton bezuschusst und wenn sich so ein Projekt dann bewährt, wäre es ja schade, wenn man das nicht irgendwie weiterentwickeln würde, vielleicht auch in dem Sinne, wie esursprünglich in dem Anzug angedacht ist und so etwas dann nicht einfach wieder stirbt und von Neuem aufgebaut werden muss und dass man das wirklich genau anschaut und dann, wenn man zu dem Anzug und zum eigentlichen Anliegen des Anzugs dann berichtet, das dann vielleicht auch nochmals aufnimmt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009132, 10.06.26 15:36:03]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 39 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

25. Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR

[10.06.26 15:36:17, 25.5519.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Als erster Fraktionssprecher für die BastA eingetragen hat sich Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Im Namen von BastA beantrage ich, entgegen dem Antrag des Regierungsrates, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Gerne führe ich kurz aus, warum. Sans-Papiers arbeiten häufig in Haushalten, in der Betreuung, auf dem Bau oder in der Gastronomie. Trotz ihrer Arbeit verfügen sie kaum über soziale Absicherung. Krankheit, Unfall, Schwangerschaft oder der Verlust einer Arbeitsstelle können deshalb innert kürzester Zeit zu einer existenziellen Krise führen. Zeitlich befristete Unterstützung kann verhindern, dass vorübergehende Krisen zu langfristigen sozialen Problemen werden.

Ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat das Anliegen anerkennt. Er schreibt in seiner Stellungnahme, dass der Kanton zur Überbrückung zeitlich befristeter Notlagen von Sans-Papiers beitragen soll und er hält unmissverständlich fest: «Alle in der Schweiz lebenden Menschen unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status, haben einen grundrechtlich geschützten Anspruch auf Hilfe und Betreuung in Notlagen. Aufgrund des ungeregelten und den Behörden unbekannten Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers kann die Sozialhilfe auch in zeitlich begrenzten Notsituationen faktisch keine Hilfe leisten.»

Der Regierungsrat kritisiert, dass in der Motion konkret die Anlaufstelle für Sans-Papiers genannt wird, weil eine Übertragung der Ausrichtung von Überbrückungsbeiträgen zwangsläufig auch deren Mitwirkung erfordert. Ich gestehe ein, dass die konkrete Nennung vielleicht etwas ungeschickt war, aber natürlich ist diese Motion auch mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers besprochen. Sie ist die einzige spezialisierte Organisation im Kanton und zudem haben der Kanton und die Anlaufstelle bereits entsprechende Erfahrungen aus der Corona-Zeit. Sollte eine Zusammenarbeit aber tatsächlich aus irgendwelchen Gründen nicht zustande kommen, kann die Nennung in der Motion auch als Beispiel verstanden werden.

Mit der gleichen Begründung wollte die Regierung die Motion Hochuli betreffend Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser als Anzug überwiesen haben. Erst heute Morgen hat sich eine Mehrheit hier im Saal dem Antrag von Christoph Hochuli angeschlossen und die Motion ein zweites Mal als Motion überwiesen. Ich bitte deshalb speziell auch die Kolleg:innen aus der Mitte-EVP-Fraktion, meinem Antrag zu folgen und auch bei diesem Vorstoss bei Motion zu bleiben.

Ein weiterer Punkt betrifft die Verfahren in anderen Städten. Ich erachte es als nicht notwendig und wenig sinnvoll, gerichtliche Entscheide aus Bern und Zürich abzuwarten. Bei der Überweisung als Anzug kann genau das die Umsetzung künstlich verzögern. Warum es diese Verzögerung nicht braucht, schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme gleich selbst und ich zitiere nochmals, weil er so eine gute Antwort geliefert hat: «Die hier vorliegende Ausgangslage und der Motionsinhalt unterscheiden sich jedoch im wesentlichen von jener in den anderen genannten Städten. Zum einen betreffen die beiden Verfahren in Bern und Zürich auch die Frage der Vereinbarkeit von städtischen Leistungen mit kantonalem Recht, was für den Kanton Basel-Stadt nicht relevant ist. Zum anderen beschränkt sich der vorliegende Motionstext ausschliesslich auf Sans-Papiers und bezieht sich nicht auch auf Personen mit ausländerrechtlicher Bewilligung.»

Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen der Motion und sieht in der Umsetzung keine Probleme. Einzig aufgrund der Nennung der Anlaufstelle für Sans-Papiers erachtet er die Motion als rechtlich unzulässig. Das ist zu wenig, um ein wichtiges



Anliegen, ein klares Anliegen, das auch verständlich ist, welches der Regierungsrat selbst als notwendig erachtet, in einen weniger verbindlichen Anzug umzuwandeln. Deshalb bitte ich alle hier im Saal, welche das Anliegen unterstützen, einer Zweitüberweisung als Motion zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die Zweitüberweisung dieser Motion als Motion. Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen ausdrücklich, wir haben es gehört. Er hält fest, dass Sans-Papiers besonders vulnerabel sind, dass sie häufig unter prekären Bedingungen arbeiten und dass sie in zeitlich befristeten Notlagen oft durch alle Maschen unseres sozialen Netzes fallen. Er schreibt sogar, dass der Kanton zur Überbrückung solcher Notlagen beitragen soll.

Genau darum geht es bei dieser Motion. Wir sprechen hier nicht von einer Ausweitung der Sozialhilfe. Wir sprechen nicht von neuen dauerhaften Leistungsansprüchen. Wir sprechen von Menschen, die in Basel leben, arbeiten, Kinder grossziehen und einen Beitrag an unsere Gesellschaft leisten. Wenn diese Menschen wegen Krankheit, Schwangerschaft, Unfall oder eines vorübergehenden Lohnausfalls in eine existenzielle Notlage geraten, braucht es eine minimale Überbrückungshilfe. Besonders wichtig ist dabei auch die Situation der Kinder. Der Regierungsrat weist selbst darauf hin, dass mehrere 100 Kinder und Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus in Basel leben. Armut, Wohnungsverlust oder fehlende medizinische Versorgung treffen nie nur die Eltern, sondern immer auch die Kinder.

Der Regierungsrat begründet seine Ablehnung als Motion nicht mit dem Inhalt, sondern mit einer formalen Frage, wir haben es bereits gehört. Konkret moniert er, dass in der Motion die Anlaufstelle für Sans-Papiers genannt wird. Dieses Argument überzeugt uns auch nicht. Entscheidend ist doch nicht, welche Organisation die Unterstützung schliesslich umsetzt. Entscheidend ist, dass eine Lösung gefunden wird. Der Motionär, Nicola Goepfert, hat bereits klargestellt, dass die Umsetzung nötigenfalls auch über eine andere Organisation erfolgen kann. Damit fällt das zentrale Argument gegen die Motion weitgehend weg. Wenn der Regierungsrat das Anliegen unterstützt, wenn er die Notwendigkeit anerkennt und wenn er selbst festhält, dass Sans-Papiers einen grundrechtlichen Anspruch auf Hilfe in Notlagen haben, dann ist es folgerichtig, ihm mit einer Motion einen klaren Auftrag zu erteilen. Die betroffenen Menschen können nicht darauf warten, bis irgendwann alle rechtlichen Fragen in anderen Kantonen geklärt sind. Basel-Stadt hat die Möglichkeit, hier Verantwortung zu übernehmen und eine pragmatische Lösung zu schaffen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring für die SP.

Joël Thüring (SVP): Ich darf hier im Namen der Fraktion der Liberaldemokraten und der SVP sprechen. Wir beantragen Ihnen, dieses Geschäft nicht noch einmal dem Regierungsrat zu überweisen, auch nicht als Anzug. Wir haben bereits bei der Erstbehandlung dieses Geschäftes unsere ganz grundsätzlichen Bedenken zum Ausdruck gebracht. Wir sind nicht der Ansicht, dass man einen Zustand der Illegalität dadurch belohnen soll, dass man weitere Möglichkeiten schafft, um in dieser Illegalität zu verharren. Hier sind wir der Ansicht, dass sich jemand, der in der Schweiz lebt – und gemäss dem, was ja auch Nicola Goepfert bereits erwähnt hat sind das Menschen, die teilweise über Jahre hinweg hier schon leben – um einen geregelten Aufenthaltsstatus kümmern muss, so wie es das Gesetz eben auch vorschreibt. Das ist nicht anders als recht und das, finde ich, gehört auch zur Gleichbehandlung aller Personen, die hier in der Schweiz um einen Aufenthalt ersuchen.

Der zweite Grund, das ist das, was der Regierungsrat in seiner schriftlichen Stellungnahme bereits ausgeführt hat. Die Motion ist rechtlich gar nicht zulässig, das heisst, man kann in dieser Form diese Motion auch gar nicht umsetzen.

Der dritte Punkt, auch das wird in der Stellungnahme des Regierungsrates doch sehr deutlich ausgeführt, gibt es bereits heute für Personen, die sich als Sans-Papiers bezeichnen lassen wollen, diverse Unterstützungsmassnahmen. Diese werden auch im Bericht des Regierungsrates aufgeführt. Unter anderem wird auch diesen Personen die Krankenversicherung bezahlt. Hier wird also etwas geleistet für Personen, die sich nicht an unsere Gesetzgebung halten wollen. Das ist eine Leistung, die man sicherlich so auch in Frage stellen könnte für all jene, die ihre Krankenkassenprämie selber bezahlen. Zweitens erhalten sie sogar dann noch, obschon sie ja gar nicht registriert sind in der Schweiz respektive im Kanton Basel-Stadt, eine Prämienverbilligung. Diese Mitteilung wird nicht dem Migrationsamt übermittelt. Auch das ist ein grosses Entgegenkommen gegenüber Personen, die sich illegal hier aufhalten und drittens haben auch Kinder von Sans-Papiers Zugang zu unserem Bildungssystem sowie eben auch alle gemeinsam Zugang zum Gesundheitssystem.



Damit wird in diesem Bereich im Kanton Basel-Stadt schon sehr viel, wenn nicht gar etwas zu viel unternommen. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion heute als erledigt zu erklären und das Geschäft auch nicht als Anzug noch einmal dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe noch weitere Fraktionssprechende eingetragen. Für die GRÜNE7jgb hat Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Nur kurz, ich kann mich weitgehend meinen Vorredner:innen Nicola Goepfert und Amina Trevisan anschliessen. Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte Sie auch dazu aufrufen, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Es handelt sich um ein sehr wichtiges Anliegen, eine wichtige Lücke, die hier geschlossen werden soll.

Wir haben heute Morgen ja schon diskutiert über diese rechtliche Unzulässigkeit, die dann zum Tragen kommt, wenn man vielleicht ein bisschen ungeschickterweise eine spezifische Organisation in eine Motion reinschreibt und das vielleicht besser nicht gemacht hätte. Ich möchte hierzu einfach auch noch bemerken, meistens geschieht das ja dann, wenn sich eine Organisation extrem aufdrängt, dass sie für ein bestimmtes Anliegen zuständig ist. Jetzt im vorliegenden Fall mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers ist klar, dass die Anlaufstelle für Sans-Papiers die Einrichtung ist, die einen niederschweligen Zugang für Sans-Papiers anbietet. Ich habe erst gerade eine Studie gelesen über Sans-Papiers, die von häuslicher Gewalt betroffen sind und da wird die Anlaufstelle für Sans-Papiers ganz klar als die risikoärmste Organisation bezeichnet, an die sich Sans-Papiers überhaupt vertrauen zu wenden.

Dass das formal rechtlich unzulässig ist, das verstehe ich. Aber im Grossen Rat haben wir immer wieder die Praxis, dass wir eine Motion dann trotzdem nochmals als Motion überweisen. Wir haben das auch heute Morgen getan, als die Frauenhäuser spezifisch genannt wurden und da hat die Fraktion Mitte-EVP sich durchgerungen und diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überwiesen. Ich bitte Sie, das hier nun auch zu machen, weil klar ist eigentlich, welche Organisation sich dann eignet, um dieses Anliegen umzusetzen. Wenn man natürlich gegen das Anliegen ist, dann ist auch klar, dann kann man das jetzt hier auch abschreiben, aber wenn Sie das Anliegen unterstützen, dann unterstützen Sie es doch als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin fast eingeschlafen, aber dann habe ich das Reizwort Sans-Papiers gehört. Da bin ich plötzlich wach geworden. Wenn ich das Reizwort Sans-Papiers höre, dann geht bei mir der Rolladen runter. Sans-Papiers sind illegal, Sans-Papiers sind verboten, Sans-Papiers werden ausgeschafft. Es ist einfach so, wenn man im Kleinbasel wohnt, hat man diese Probleme. Man getraut sich nicht mehr raus und dann hat man die illegalen Kriminalität, die Überfälle. Ich gehöre ja auch schon zu diesen Leuten, die abends nicht mehr ausgehen. Und dann kann ich nicht verstehen, dass wir hier diskutieren über Überbrückungsbeiträge für Sans-Papiers.

Sicherlich muss man den Menschen helfen. Ich bekomme auch Hilfe vom Kanton, aber ich finde, diese Leute müssen in ihr Land zurück. Und als Grossrat und Journalist, der einordnen kann und der noch einen klaren Verstand hat, noch nie getrunken, noch nie Drogen genommen hat, muss ich einfach feststellen, meine Damen und Herren, wir haben hier diskutiert. Ich wollte das noch sagen zum Thema Sans-Papiers, ganz sachlich, man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Vor zwei Monaten haben wir das diskutiert, ein Anzug oder eine Motion, ich weiss es nicht mehr, und da hat der Motionssteller zu Sans-Papiers gesagt, die Leute würden arbeiten. Und das muss ich bezweifeln, die Statistik sagt, 95 bis 98% der Sans-Papiers arbeiten nicht, arbeiten einfach nicht. Und von was leben die? Das wollte ich einfach mal sagen und das ist wirklich ein Reizwort für viele Leute und das muss man hier noch sagen, ungestraft, dass diese Leute ausgeschafft werden müssen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sans-Papiers sind eine Realität in unserer Gesellschaft. Sie befinden sich zwar aufenthaltsrechtlich illegal bei uns, aber es ist eine Realität und die meisten von ihnen arbeiten, wie sonst sollten sie ihr Leben finanzieren. Sie bekommen keine Sozialhilfe, sie haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Also sind sie da, wenn Sie eine Arbeit haben. Auch habe ich noch nirgends gesehen, dass die These, dass Sans-Papiers übermässig kriminell sein sollten plausibel ist. Im Gegenteil, Sans-Papiers machen alles, damit sie nicht auffallen, damit sie ja keinen Kontakt mit der Polizei haben, denn wenn sie kriminell sind und die Polizei sie aufgreift, werden sie verlieren, dann können sie nicht mehr hierbleiben, sondern werden rückgeführt.



Das sind meistens Menschen, die arbeiten, in Haushalten, in der Gastronomie, in anderen Bereichen, oft in prekären Situationen und das ist die Situation von Sans-Papiers. Der Staat ist hier auch in einer anspruchsvollen Situation. Einerseits ist der Aufenthaltsstatus nicht korrekt, andererseits ist es eine Realität und es ist auch hier zum Beispiel breit anerkannt, dass zum Beispiel Kinder von Sans-Papiers in die Schule gehen können oder dass wenn Sans-Papiers verletzt oder krank sind, sie auch die Möglichkeit haben von medizinischer Versorgung bei uns. Und dass es auch Situationen gibt bei Sans-Papiers, die schon länger hier sind und die Kinder haben, dass wenn irgendetwas Unvorbereitetes eintritt, wenn sie in größere Probleme kommen, das ist eine Realität und das hat sich in der Covid-Zeit sehr klar geäussert. Da haben insbesondere in der Haushaltsarbeit natürlich viele Sans-Papiers von einem Tag auf den anderen ihre Einkommensquellen verloren und dort hat der Regierungsrat auch entsprechend gehandelt und mit 400'000 Franken an die Anlaufstelle hier Nothilfe geleistet.

Wir sprechen ja hier jetzt bei dieser Forderung auch nicht von Sozialhilfe oder von einer Leistung in dieser Höhe, sondern wir sprechen von Nothilfe, das heisst zeitlich befristet nur für Leute, die schon länger hier sind. Es soll also auch nicht Anreize bieten, dass jemand wegen dem hierherkommt, sondern es sind Leute, die hier sind, die Realität sind, die schon mehrere Jahre hier in Basel sind, dass man hier in der Notsituation hilft. Denn es macht auch wenig Sinn, Kindern eine Ausbildung zu geben und gleichzeitig sie in absoluter Armut zu lassen. Das passt irgendwie auch nicht zusammen. Auch das wäre nicht sehr kohärent als staatliches Handeln.

Deshalb ist der Regierungsrat bereit, diese Forderung auch wirklich zu prüfen und zu schauen, wie man das umsetzen kann, mit welcher Organisation auch immer. Die Anlaufstelle drängt sich hier schon stückweise auf, da sie hier eine hohe Kompetenz und ein Netzwerk mitbringen und auch das schon in der Covid-Zeit geleistet haben.

Formal, das wurde richtig erwähnt, ist diese Motion nicht zulässig. Sie können mit einer Motion nicht private Organisationen per Motion zu etwas verpflichten. Das geht halt nicht. Sie können zwar uns, den Regierungsrat, verpflichten, aber nicht private Organisationen. Das ist eigentlich bei jeder Motion das Gleiche und aus diesem Grund ist diese Motion rechtlich nicht zulässig und beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nicola Goepfert beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug. NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009134, 10.06.26 15:56:29]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 36 Ja-Stimmen, 59 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Wir kommen damit zur Abstimmung. Joël Thüring und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009136, 10.06.26 15:57:14]

Der Grosse Rat beschliesst



die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 58 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen für die Überweisung als Motion entschieden.

26. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Wasserstofftankstellen, Schreiben des RR

[10.06.26 15:57:27, 19.5290.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): An dieser Stelle auch einen Dank für die Berichterstattung durch den Regierungsrat. Wir haben es hier ja mit zwei Vorstössen zu tun, die beide über sechs Jahre alt sind. Um es vorwegzunehmen, die SP wird sich nicht dagegen wehren und ebenfalls keinen Gegenantrag stellen. Dennoch möchte ich ein paar Dinge noch anfügen, die uns doch wichtig erscheinen, in diesem Zusammenhang noch einmal zu erwähnen.

Wir hatten ja auf der einen Seite den Vorstoss von Martina Bernasconi, bei dem es um das Tankstellennetz ging, die Wasserstofftankstellen. Da sehen wir auch, dass das nicht die erste dringliche staatliche Aufgabe ist. Dennoch scheint es uns wichtig, dass wir diese Energienische, so nenne ich es jetzt mal, nicht ausser Acht lassen. Wir sind da einig mit der Einschätzung des Regierungsrates, es ist wirklich eine Nische, aber es wird auch eine wertvolle Energieform sein für ganz präzise, spezifische Dinge. Wir anerkennen die Bemühungen des Kantons und des Regierungsrates, hier Lücken zu schliessen und sich nicht der Entwicklung zu verschliessen. Darin begründet sich eben auch, dass wir nicht das Gefühl haben, dass wir das jetzt stehen lassen sollten.

Wichtig ist mir trotzdem noch ein potenzielles Missverständnis auszuräumen. Wenn ich die Berichterstattung lese, habe ich das Gefühl, unser Vorstoss sei ein bisschen falsch interpretiert worden. Selbstverständlich wollten wir nie, dass die kantonale Dekarbonisierung bei den Fahrzeugen voll und ganz dahingeht, dass es nur noch Wasserstofffahrzeuge gibt im Kanton. Das klingt ein bisschen so. Die Umstellung des ganzen Fuhrparks wollten wir nie. Wichtig ist aber, dass bei der Beschaffung von Kraftfahrzeugen oder spezifischen Fahrzeugen und Geräten mit besonderen Anforderungen diese so ausgeschrieben werden, dass eine Eingabe mit Wasserstoffantrieb möglich ist, dass das nicht ausgeschlossen ist und die Innovation aussen vor bleibt. Wir glauben, dass es sehr wichtig ist, dies in die Entwicklung einzuschliessen und nicht vornherein auszuschliessen.

Was der SP ebenfalls besonders wichtig ist sind die regionalen Projekte, die in unserem Vorstoss enthalten waren. Wir halten es für einen Schlüsselfaktor, dass gerade bei diesen Technologien, wo eine grosse Entwicklung im Gange ist, der Kanton und der Staat regional auch über die Landesgrenzen hinaus solche Lernkurven zu ermöglichen hilft, dass wir Projekte anpeilen gemeinsam mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn, sie mittragen und entsprechend die Innovation weiter vorantreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

26.1. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und H2-Brennstoffzellen-Antrieb, Schreiben des RR

[10.06.26 16:01:40, 19.5299.04]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

27. Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO₂-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität", Schreiben des RR

[10.06.26 16:01:44, 23.5341.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet auf ein Votum. Als Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wir hätten ein gewisses Verständnis für den Antrag der Regierung, wenn man für E-Fuels notwendigerweise den Umweg via Wasserstoff wählen müsste, genauso wie die Regierung das in ihrer Begründung in Satz 3 zugrunde legt. Das war mal so. Aber das ist nicht mehr so. Und damit fällt die ganze Begründung für das Abschreiben der Regierung mehr oder weniger in sich zusammen.

Nicht zuletzt auch dank Schweizer Technologie ist heute die Produktion von E-Fuels ohne Umweg über Wasserstoff machbar. Ja, bisher erst in relativ kleinen Mengen, wir sprechen da von Tausenden bis Zehntausenden Litern, noch nicht von Millionen Litern, wie wir das mal brauchen werden, wenn wir Treibstoff weiter dekarbonisieren wollen. Klammerbemerkung an alle Grünen im Saal, Dunkelgrüne und Hellgrüne: Das wird auch eine wichtige Rolle spielen, wenn wir von Carbon Capturing sprechen, weil in Gottes Namen flüssige Stoffe einfacher in den Boden zu pressen sind als Gase.

Es gibt Anwendungen, wo E-Fuels deutlich attraktiver sind als batteriebetriebene Fahrzeuge. Typischerweise sind das Einsätze von Fahrzeugen bei kurzen Distanzen. Wir haben in den letzten Jahren mehr als einmal hier drin Fahrzeuge bestellt, die im Jahr 1'000 Kilometer fahren. Das ist ein Treibstoffverbrauch von rund 100 Liter im Jahr. Die Tatsache, dass E-Fuels bei den Betriebskosten deutlich teurer sind als Strom, spielt bei diesen kleinen Einsatzdistanzen eine untergeordnete Rolle gegenüber den deutlich höheren Investitionskosten von Elektrofahrzeugen. Weiter gibt es aber auch im Bereich von Einsatzfahrzeugen, Stichwort Resilienz, Stichwort Strommangellage usw. Verwendungen, wo es Sinn macht, etwas anderes als einfach nur batteriebetriebene Fahrzeuge einzusetzen. Dekarbonisierung sollten wir flexibler verstehen, innovativer verstehen, als einfach nur bei dem Rezept zu bleiben, das zugegebenermassen den Hauptharst der Dekarbonisierung heute bei den Fahrzeugen bestreitet.

Wir nehmen also zur Kenntnis gemäss Kreuztabelle, dass hier wenig Appetit darauf besteht, innovativ mit neuen Technologien zu arbeiten. Stellen wir aber dabei die Frage, ob das daran liegt, dass man das schlicht nicht möchte, oder ob es daran liegt, dass man die technologischen Möglichkeiten schlicht zu wenig kennt. Bei der Regierung ist es klar, denn das steht schwarz auf weiss in ihrer Antwort auf den Anzug. Bei Ihnen, geschätzte Damen und Herren im Saal, wenn Sie die Technologien nicht kennen, dann stehe ich sehr gerne zur Verfügung, um mit Ihnen das Gespräch zu führen. Mit meiner Fraktion habe ich das Gespräch bereits geführt und deshalb beantragt Ihnen die SVP-Fraktion Stehenlassen des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Unsere Fraktion stellt ja einen der beiden Mitunterzeichnenden, deshalb möchte ich auch gerne begründen, weshalb wir hier jetzt trotzdem das Abschreiben unterstützen. Im Kern geht es bei diesem Vorstoss ja um die Frage, wie fossile Brennstoffe dort ersetzt werden können, wo sie heute noch als unvermeidlich gelten. E-Fuels haben selbstverständlich Vorteile, sie lassen sich speichern, transportieren und in Bereichen einsetzen, in denen Batterien schwierig sind, beispielsweise wenn sehr hohe Temperaturen benötigt werden. Gleichzeitig haben sie aber auch ein grosses Problem und das ist, dass ihre Herstellung mehrere energieintensive Umwandlungsschritte braucht, auch wenn es nicht via Wasserstoff geht. Trotzdem ist die Energiebilanz entsprechend schlecht.

Und genau deshalb ist es richtig, dass der Kanton bei seiner Fahrzeugflotte nicht das Konzept neu ausrichtet, sondern bei Personenwagen, Lieferwagen, Bussen und vielen Spezialfahrzeugen elektrifiziert. Das hat der Kanton auch bereits gezeigt,



bei der BVB, bei den Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr, bei Lastwagen des Tiefbauamts, etc. Und hier jetzt mit E-Fuels wieder eine Hintertür für Verbrennungsmotoren zu öffnen, wäre ein unnötiger Rückschritt aus unserer Sicht.

Dann ging es bei diesem Anzug auch um die Schiffe, die immer noch mit Öl oder Gas auf dem Rhein dampfen. Dieses Problem wurde inzwischen erfolgreich ausgelagert, wie wir wissen. Die Dekarbonisierung ist im Aktienkaufvertrag mit United Waterways geregelt und mit dem Verkauf, den wir hier drin im Januar bewilligt haben, besteht die Verpflichtung, dass der Betrieb spätestens 2037 CO₂-neutral erfolgen muss.

Dann habe ich gelesen bei der Handelskammer, sie empfiehlt auch Stehenlassen, dass es vor allem auch mit der Forschung an Flugtreibstoffen begründet ist. Dem muss ich recht geben, dort könnten synthetische Treibstoffe tatsächlich eine Rolle spielen. Allerdings dürfen E-Fuels keinesfalls zur Entlastungsrhetorik für den Flugverkehr werden. Wir sind klar der Ansicht, dass Fliegen reduziert werden muss, und zwar rasch. Dafür braucht es in erster Linie verursachergerechte Preise und Gebühren. Was wir sicher nicht brauchen, ist eine Erzählung, man könne einfach fröhlich weiterfliegen, möglichst noch mit gutem Gewissen oder sogar mit Flugstolz, nur weil irgendwo an synthetischen Treibstoffen geforscht wird. Diesen Begriff Flugstolz übrigens, den habe ich im Newsletter des EuroAirports gelesen und ich war zurückhaltend gesagt befremdet davon.

Unterstützen könnten wir hingegen den Gedanken, dort genauer hinzuschauen, wo Restbestände fossiler Fahrzeuge noch längere Zeit im Einsatz bleiben und wo keine elektrische Lösung verfügbar ist. Dort können wir gerne über Biodiesel, HVO 100 oder künftig auch über synthetische Treibstoffe diskutieren, aber das ist dann eine sehr konkrete Beschaffungs- und Betriebsfrage und die steht so nicht im Anzug und rechtfertigt deshalb auch nicht, dass wir diesen Vorstoss stehen lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Wir waren schon bei der ersten Überweisung gegen diesen Anzug. Es hat sich nun gezeigt, dass wir da richtig lagen, weil es einfach keine sinnvolle Lösung gibt, die der Kanton hier weiterverfolgen kann. Mich hätte noch interessiert von Lorenz Amiet zu erfahren, ob ich jetzt ein heller Grüner bin oder ein dunkelgrüner. Ich kenne diese Einteilung noch nicht, aber vielleicht wird er es uns irgendwann verraten.

In Zusammenhang mit den E-Fuels von Dekarbonisierung zu sprechen, finde ich doch eher gewagt. Vielleicht gibt es irgendwann eine Welt, wo E-Fuels eine Rolle spielen. Die verschiedenen Bereiche wurden ja schon genannt. Und dann kann man da auch etwas machen, aber dass der Kanton hier jetzt sich auf Kantonsgebiet irgendwie dafür einsetzt und das vorantreibt, das sehen wir eher nicht. Es wird auch nicht eine grosse CO₂-neutrale Ergänzung zu irgendetwas sein und bestimmt nicht in der Elektromobilität.

Wir bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben und vielleicht gibt es ja auf Bundesebene eine Möglichkeit. Sie haben ja da den Luxus, den wir Hell- oder Dunkelgrünen nicht haben, einen Bundesrat zu haben, der sogar noch im richtigen Departement sitzt und der die Wasserstoffstrategie vorantreiben könnte und vielleicht im gleichen Zug auch noch etwas vielleicht für die Restbereiche beim E-Fuel machen könnte. Vielleicht geben Sie ihm das mal mit, dass er vielleicht auch mal etwas aktiver wird bei der CO₂-neutralen Umgestaltung der Schweiz.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009140, 10.06.26 16:11:09]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 71 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug gemäss Antrag Regierungsrat abgeschrieben.

28. Motion der Spezialkommission Klimaschutz für eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen per 2035, Zwischenbericht des RR

[10.06.26 16:11:23, 21.5744.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion stehen zu lassen. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort nicht. Als Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, ist die SVP bei diesem Thema die einsame Ruferin in der Wüste. Wir beantragen Ihnen, diese Motion abzuschreiben. Nun, was zur Verdammung von CO₂ zu diesem irrelevanten Netto-Null-Ziel in unserem Kanton bereits gesagt wurde, das muss ich nicht wiederholen. Wichtig ist aber, das kann ich nur betonen, sogar die Klimamodellierer des IPCC, also die, welche diese Kurven, die da so wahnsinnig in die Höhe gehen, berechnen, haben selbst gesagt, das Katastrophenszenario ist nicht plausibel, es wird nicht eintreten. Wer ehrlich politisiert, muss sagen, wenn dieser Hauptpfeiler der ganzen Klimathematik wegfällt, dann müssen wir auch unsere Klimastrategie hinterfragen. Andererseits, das ist auch Realität, hat das Stimmvolk in unserem Kanton Ja gesagt zum Netto-Null-Ziel 2037. Das müssen wir respektieren, wir müssen auf diesem Pfad bleiben, es wird leider noch einige Zeit dauern, bis wieder das Primat des gesunden Menschenverstandes das Thema in die Hand nimmt. Leider, das müssen wir respektieren, das ist Teil des demokratischen Systems.

Aber kommen wir zur Motion selbst. Der Hauptpfeiler, die Hauptforderung der Motion ist folgender: Die Spezko Klima beauftragt den Regierungsrat, eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen vorzusehen. Lesen Sie es nach in der Motion, sie schreibt es genauso. Und dieser Ersatzzwang für fossile Heizungen besteht in Basel. Diese Forderung ist erfüllt. Ich zitiere den Regierungsrat: «Seit Oktober 2017 verpflichtet das kantonale Energiegesetz Gebäudeeigentümer, beim Ersatz von Heizungen für Raumwärme und Warmwasser auf erneuerbare Energien umzusteigen. Seither werden Öl- und Gasheizungen kontinuierlich durch erneuerbare Systeme ersetzt. Die klaren gesetzlichen Vorgaben zeigen Wirkung.» Als Nebenbemerkung, eine Folge dieses Ersatzes fossiler Heizungen ist der Ausbau der Fernwärme. Wir reissen dafür einen Fünftel unserer Strassen auf, 60 von 300 Kilometern, und neben den gesellschaftlichen Einschränkungen, wirtschaftlichen Schäden dieser Bauarbeiten, emittieren wir damit auch ganz erheblich CO₂. Und umso dringender ist es, dass diese Baustellen so kurz wie möglich gehalten werden.

Der Regierungsrat zeigt in seinem Fazit, dass die Motion erfüllt ist. Jetzt zur Frage, ob wir stehen lassen oder abschreiben sollen. Nun stehen lassen, das machen wir, wenn wir sehen, dass der Regierungsrat einen Vorstoss in der vorgegebenen Zeit überhaupt nicht angepackt hat oder nur ganz wenig. Oder wir lassen einen Vorstoss stehen, wenn wir sehen, dass der Regierungsrat daran ist, ihn umzusetzen, aber gewisse Voraussetzungen noch nicht gegeben sind, er noch mehr Zeit braucht, um das zu tun. Oder wir lassen einen Vorstoss dann stehen, wenn wir sehen, dass der Regierungsrat etwas gar nicht macht und die Forderungen nicht erfüllt hat.

Nun, das ist alles in diesem Fall überhaupt nicht gegeben, also anzunehmen, Regierung und Verwaltung würden gerade im Thema Klima, gerade in unserem Kanton nichts machen, kann ja wohl niemand im Ernst behaupten, im Gegenteil, die Forderung der Motion ist erfüllt, ergo wir können die Motion als erledigt abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die vom Menschen verursachte Klimaerhitzung ist Realität, sie findet statt. Man kann das schon beobachten, wenn man das Klima, wenn man die Klimaentwicklung anschaut, wenn man die Entwicklung der Extremereignisse im Wetterbereich ansieht, dann ist diese Herausforderung für unsere Generation real. Entsprechend wichtig ist es, dass die Menschheit und dass wir als Basel-Stadt unseren Beitrag leisten, um diesen Klimaschutz voranzutreiben.



Im Heizungsersatz ist das relativ einfach. Wir wissen, wie man Häuser heizt, ohne fossile Brennstoffe zu verbrennen. Auch noch ein kleiner Nebensatz, die Unabhängigkeit gegenüber Erdöl zu reduzieren ist ja in Anbetracht der geopolitischen Lage und wenn man schaut, wo die Erdölreserven dieser Welt sind, ein wirklich ein souveräner Akt. Von dem her bin ich auch froh, dass das Volk uns ein sehr ambitioniertes Ziel vorgegeben hat im Klimaschutz, und dieses wollen wir erreichen.

Bei der Heizung hat mein Vorredner recht, da gibt es die Ersatzpflicht seit 2017 im Energiegesetz. Das heisst aber nicht, dass wir 2037 keine fossile Heizung mehr haben. Bei den Gasheizungen wissen wir das, weil wenn kein Erdgas mehr durch die Strassen und die Leitungen kommen, dann kann man auch nicht mehr heizen damit. Dort haben Sie bereits den Gesetzesbeschluss gefasst als Parlament. Aber beim Erdöl ist er noch nicht legiferiert und deshalb ist es logisch und klar, dass wir das im Energiegesetz noch legiferieren werden. Das ist auch Teil der Klimaschutzstrategie des Regierungsrates und was noch fehlt, ist die gesetzliche Grundlage, weil alle wissen, ab 2037 wird auch die letzte Erdölheizung dann ersetzt werden müssen.

Das möchten wir noch legiferieren. Entsprechend beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion der Spezialkommission Klimaschutz stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009142, 10.06.26 16:18:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 77 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Motion gemäss Antrag Regierungsrat stehen gelassen.

29. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen, Stellungnahme des RR

[10.06.26 16:19:12, 25.5509.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



30. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person», Schreiben des RR

[10.06.26 16:19:46, 24.5076.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

31. Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt, Schreiben des RR

[10.06.26 16:20:16, 23.5629.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Gemeldet für die Fraktion der LDP hat sich Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Die Antwort des Regierungsrats verdeutlicht ein zentrales Problem der Verwaltungspolitik. Digitalisierung wird mit Entbürokratisierung verwechselt, in der Praxis werden meist bestehende Prozesse einfach digitalisiert, ein kompliziertes Verfahren bleibt jedoch kompliziert, unabhängig davon, ob es auf Papier oder elektronisch abgewickelt wird.

Der Regierungsrat verweist auf das Portal AGOV Online-Baubegehren und elektronische Verfahren. Diese Massnahmen mögen technisch modern erscheinen, lösen jedoch das Kernproblem nicht. Für Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Unternehmen ist nicht entscheidend, ob ein Gesuch digital eingereicht werden kann, sondern ob weniger Gesuche und Nachweise erforderlich sind und Entscheide schneller erfolgen. Gerade KMU beklagen seit Jahren nicht primär den Papierverbrauch, sondern eine stetig zunehmende Regulierungsdichte. Zudem verursachen Digitalisierungsprojekte erhebliche Kosten, Software, Beratungsmandate und IT-Projekte binden über Jahre hinweg Millionenbeträge, während Verfahrensbeschleunigung und Einsparungen oft ausbleiben und die Departemente im Headcount wachsen.

Dies liegt nicht an einem Mangel an Digitalisierung, sondern an der zunehmenden Komplexität von Gesetzen, Vorschriften und Zuständigkeiten. Solange mehrere Departemente beteiligt sind, aufwendige Prüfverfahren durchgeführt werden und zahlreiche Vorhaben erfüllt werden müssen, bleiben Verfahren auch digital langsam und ressourcenintensiv.

Die Antwort des Regierungsrats bestätigt dies indirekt selber. Einerseits wird die Digitalisierung als Lösung präsentiert, andererseits werden dafür zusätzliche gesetzliche Grundlagen, organisatorische Anpassungen und langfristige Transformationsprozesse als notwendig bezeichnet. So entstehen neue Projekte mit erheblichen Kosten, während konkrete Verfahrensvereinfachungen und Einsparungen oft ausbleiben. Es wird primär in technische Lösungen investiert, statt die eigentlichen Ursachen der Bürokratie anzugehen, also weniger Vorschriften, einfachere Verfahren und eine schlankere Verwaltung.

Trotz all dieser Vorhaben stimme ich auch im Namen der LDP-Fraktion der Abschreibung dieses Anzugs zu. Ich werde die Entwicklung der Bürokratie in unserem Kanton weiterhin kritisch beobachten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stillschweigend als erledigt abzuschreiben.



32. Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus, Schreiben des RR

[10.06.26 16:23:33, 26.5147.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Kühne (GLP): Voraus möchte ich nochmals festhalten, dass ich es doch für sinnvoll gehalten hätte, wenn der zuständige Regierungsrat Conradin Cramer diese Interpellation mündlich beantwortet hätte, gerade weil es sich um ein Projekt mit erheblichem öffentlichem Interesse handelt. Trotzdem vielen Dank dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort vermag jedoch in zwei wesentlichen Punkten nicht zu überzeugen.

Erstens das Problem mit dem Zeitpunkt der Evaluation. Die Interpellation thematisiert eine einfache und pragmatische Frage, wie kann verhindert werden, dass bei einem eventuellen positiven Ergebnis der Superblock-Pilotprojekte unnötige Rückbauten, Doppelspurigkeiten und zusätzliche Kosten entstehen, insbesondere für Private? Der Regierungsrat hält jedoch starr am ursprünglichen Zeitplan fest und verweist auf die vollständige Auswertung nach Ablauf der Testphase. Denn was problematisch ist, ist, dass zunächst bestehende Installationen zurückgebaut werden müssten, bevor allenfalls später eine definitive Umsetzung beschlossen werden kann. Ein solches Vorgehen verursacht Kosten und bindet Ressourcen in Verwaltung und Quartierarbeit, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu schaffen.

Daher sollte die Erkenntnis respektive die Lehre aus diesem entstandenen Problem respektive Denkfehler sein, die politischen Prozesse so zu organisieren, dass bei einem erfolgreichen Pilotversuch eine nahtlose Weiterführung möglich bleibt. Das heisst konkret, Pilotprojekte von Anfang an länger anzusetzen – in diesem Fall wohl zwei Jahre – und dann von Anfang an klar zu kommunizieren, dass nach einem Jahr die Evaluation beginnt, damit sie rechtzeitig vorliegt, bevor das Pilotprojekt endet. Dieses Learning übrigens wurde ja zum Beispiel gerade beim Gegenvorschlag der UVEK zur Tauben-Initiative gegenüber dem Gegenvorschlag des Regierungsrates verbessert. Start, Auswertung nach drei Jahren, Pilotprojektdauer insgesamt vier Jahre anstatt insgesamt drei Jahre, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen. Ich hoffe, dass wir alle aus diesem hier entstandenen Problem lernen werden in der Zukunft.

Dann noch etwas zu den Sommermonaten. Der Regierungsrat antwortet auf Frage 3: «Die Evaluation soll auch die wichtigen Sommermonate umfassen. Der Regierungsrat hat zudem die Dauer des Versuchs mehrfach öffentlich kommuniziert. Eine Evaluation der Tests ohne die Sommermonate ist wenig aussagekräftig.» Natürlich, man kann jetzt sagen, das ist ein bisschen pingelig, aber der Sommer dauert ja kalendarisch bis zum 22. September und nicht bis 16. August 2026, dem Endzeitpunkt des Superblock-Projektes im St. Johann, respektive 13. September 2026, dem Enddatum des Superblock Matthäus. Dies ist somit ein Widerspruch.

Und last but not least, dass dies auch noch festgehalten ist: Gemäss Bajour-Bericht vom 17. April könnte der Kanton gemäss Bundesamt für Strassen ASTRA nach Ablauf des Versuchs die Massnahmen gleich definitiv einführen. Dies ist ein interessantes Detail. Mit der Beantwortung der Interpellation bin ich nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

33. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung, Stellungnahme des RR

[10.06.26 16:28:01, 25.5508.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Der Regierungsrat wünscht das Wort zu einem späteren Zeitpunkt. Dann habe ich als Fraktionssprecherin eingetragen für die LDP Catherine Alioth.



Catherine Alioth (LDP): Wir haben es gerade gehört, der Regierungsrat erklärt die Motion als rechtlich unzulässig und beantragt, sie als Anzug zu überweisen. Ich möchte Ihnen aber beantragen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen und ich begründe.

Wenn ich zwar die Kreuztabelle anschau, stehe ich mit meiner Überzeugung ziemlich alleine da. Auch die LDP-Fraktion wird unterschiedlich abstimmen. Dies hängt damit zusammen, dass die Gewerbler in unserer Fraktion eine aktive Förderung einer einzelnen Branche ablehnen. Diese Haltung respektiere ich. Dennoch bin ich überzeugt, dass dieses Anliegen nicht auf die Motion zutrifft. Bei der vorgeschlagenen ICT-Lehrstellenförderung geht es gerade nicht um die Förderung einer einzelnen Branche. ICT ist kein isolierter Industriezweig, sondern ein Querschnittssektor, von dem heute praktisch alle Branchen abhängig sind, von Banken und Versicherungen über die Industrie bis hin zu MedTech.

Auch die in unserer Region stark verankerte Quantentechnologie ist auf ICT-Fachkräfte angewiesen. Wer ICT-Fachkräfte ausbildet, stärkt deshalb nicht einen einzelnen Sektor, sondern die Wettbewerbsfähigkeit unseres gesamten Wirtschaftsstandorts. Eine ICT-Lehrstellenförderung stellt daher keine Ungleichbehandlung verschiedener Branchen dar. Zudem sind Informatiklehren für Unternehmen besonders aufwendig und kostenintensiv. Der Betreuungsaufwand ist hoch und die Produktivität der Lernenden anfangs ziemlich tief. Gerade kleinere Unternehmen stossen dabei an ihre Grenzen.

Genau hier setzt die Motion sinnvoll an. Sie schafft gezielte Unterstützung und erleichtert die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte, etwa durch die Förderung von Basislehrjahren oder Lehrfirmenverbünden. Ohne zusätzliche Anstrengung droht die Region Basel im Wettbewerb mit starken ICT-Standorten wie zum Beispiel Zürich zurückzufallen. Zudem braucht die ab Herbst 2026 startende Hochschule für Informatik der Fachhochschule Nordwestschweiz für ihre Studiengänge genügend Studierende und die kommen immer noch, wie ursprünglich vorgesehen, hauptsächlich aus der Berufsbildung. Dafür braucht es genügend ICT-Lehrstellen in unserer Region.

Die Förderung von ICT-Lehrstellen ist deshalb keine Sonderbehandlung, sondern eine Investition in Fachkräfte, Innovation und die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes. Vor diesem Hintergrund möchte ich an der Motion und damit an einer professionellen ICT-Lehrstellenförderung festhalten. Bei einer Überweisung als Anzug verlieren wir wertvolle Zeit, bis Bewegung in dieses Anliegen kommt, Zeit, die wir angesichts des Fachkräftemangels nicht haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Auch ich sehe auf der Kreuztabelle, dass wir allein auf weiter Flur sind, deshalb nur kurz. Wir haben uns schon bei der ersten Überweisung gegen diese Motion ausgesprochen. Wir haben damals kritisiert, dass eine einzelne Branche – und es ist halt eine einzelne Branche – mittels Anschubfinanzierung bevorzugt und staatlich gefördert werden soll. Wir haben viele andere Bereiche erwähnt, bei denen auch ein enormer Bedarf besteht und die unbedingt gefördert werden müssten, zum Beispiel Pflege oder Kinderbetreuung und so weiter.

Wir lesen in der Stellungnahme des Regierungsrats eigentlich, dass er uns Recht gibt mit dieser Argumentation. Trotzdem will er diese Motion als Anzug weiterbehandeln, weil er sorgfältig prüfen will, ob es eine branchenspezifische Förderung durch den Kanton braucht und ob das nötig ist. Das kann man machen, das muss man aber unserer Meinung nach nicht. Wir bleiben dabei, dass wir es ablehnen, eine einzelne Branche herauszupicken und mit einer kantonalen Anschubfinanzierung zu bevorzugen. Wir möchten deshalb die Motion gar nicht überweisen, auch nicht als Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine zentrale Aufgabe der Berufsbildung. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass die Berufsbildung in der Schweiz als Verbundaufgabe organisiert ist. Die Verantwortung für Berufsmarketing, die Entwicklung von Ausbildungsmodellen und die Unterstützung der Lehrbetriebe liegt in erster Linie bei den Branchen und ihren Organisationen.

Der Kanton schafft die Rahmenbedingungen, fördert aber grundsätzlich nicht einzelne Branchen gezielt. Eine besondere Förderung von ICT-Lehrstellen wirft deshalb die Frage der Gleichbehandlung auf, denn der Fachkräftemangel betrifft nicht nur die ICT-Branche. Gemäss aktueller Erhebung bestehen in der Nordwestschweiz mindestens ebenso grosse Engpässe in den Gesundheits-, Bau-, Ingenieur- sowie Finanz- und Mathematikberufen. Eine Sonderbehandlung der ICT-Branche müsste daher besonders gut begründet werden.

Gleichzeitig ist klar, das Erziehungsdepartement fördert die Berufsbildung. 2025 haben wir einen Masterplan Berufsbildung erstellt. Dieser schafft die strategischen Rahmenbedingungen, er soll den Zugang zur beruflichen Grundbildung verbessern,



er soll die Ausbildungsverhältnisse stabilisieren und er soll die Berufsbildung attraktiver machen. Von diesen Massnahmen werden auch die ICT-Berufe profitieren.

Zusätzliche Erkenntnisse werden zudem aus einer laufenden Analyse der eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung erwartet, die wir im August präsentieren wollen. Hinzu kommt, im ICT-Bereich ist die Entwicklung unklar. Langfristig braucht ICT sicher qualifizierte Fachleute. Aktuell zeigen sich jedoch weniger offene Stellen in ICT-Berufen. Die Entwicklung muss genau beobachtet werden.

Aus diesen Gründen erscheint eine sofortige branchenspezifische Förderung nicht angezeigt. Sinnvoll ist hingegen, die Entwicklung weiter zu verfolgen und bei Bedarf gezielt Massnahmen zu prüfen. Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen des Regierungsrats, die Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009148, 10.06.26 16:36:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 75 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Heidi Mück beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 9 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009150, 10.06.26 16:37:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 77 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen für die Überweisung als Anzug entschieden.



34. Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds, Stellungnahme des RR

[10.06.26 16:37:47, 25.5554.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt Ihnen, diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Motion spricht ein zentrales Anliegen unseres Standorts an. Die duale Berufsbildung ist eine tragende Säule für die Fachkräftesicherung und für faire Bildungs- und Erwerbschancen unserer Jugendlichen. Basel-Stadt steht hier unter Druck. Unsere Abschlussquote auf Sekundarstufe II liegt mit 87,5% unter dem schweizerischen Durchschnitt von 90,2%. Jede zusätzliche abgeschlossene Ausbildung reduziert das Risiko von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe und stärkt gleichzeitig unseren Fachkräftepool.

Die Idee eines Berufsbildungsfonds mit Solidaritätsbeiträgen aller Betriebe und einer gezielten Entlastung der Lehrbetriebe ist grundsätzlich überzeugend und in anderen Kantonen erprobt. Sie adressiert die strukturelle Schieflage zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben und schafft eine gerechtere Lastenverteilung. Gleichzeitig unterstützt ein solcher Fonds die Qualität der Berufsbildung und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Gerade weil der Ansatz wirkungsvoll sein kann, müssen wir ihn für Basel-Stadt sauber aufgleisen. Heute erbringt der Kanton bereits hohe Förderleistungen, etwa mit der Verdoppelung der ÜK-Beiträge, der Übernahme der Kosten des Qualifikationsverfahrens und der Rückerstattung bei auswärtigem Berufsschulunterricht. Ein neuer Fonds kann nicht einfach oben aufgesetzt werden, sondern muss in dieses bestehende System eingebettet und rechtlich, finanziell und organisatorisch sauber abgestützt werden. Die Erfahrungen anderer Kantone zeigen zudem, ein Fonds ist nur dann dauerhaft tragfähig, wenn die Wirtschaft ihn als fair, effizient und mehrwertstiftend wahrnimmt. Dafür braucht es eine klare Zweckbindung der Mittel, eine schlanke Verwaltung mit tiefen Verwaltungskosten und eine verlässliche Koordination mit den bestehenden nationalen Branchenfonds, um Doppelbelastung zu vermeiden. All diese Punkte lassen sich nicht mit einem Schnellschuss regeln, sondern erfordern eine vertiefte, ergebnisoffene Ausarbeitung zusammen mit den Sozialpartnern und den Organisationen der Arbeitswelt.

Genau hier setzt der Vorschlag des Regierungsrats an. Mit der Umwandlung der Motion in einen Anzug sichern wir uns den politisch klaren Auftrag, die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds sorgfältig und angepasst an die Basler Verhältnisse zu prüfen. So können wir gemeinsam mit den betroffenen Akteuren die offenen Fragen klären, Varianten ausarbeiten und dem Grossen Rat eine tragfähige, breit abgestützte Lösung vorlegen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die LDP hat sich Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf auch für die SVP sprechen. Wir möchten keine Zweitüberweisung dieses Vorstosses, weder als Motion noch als Anzug. Lassen Sie mich gleich Bezug nehmen auf unseren Regierungsrat im Saal. Er hat von einem Masterplan gesprochen, Masterplan Berufsbildung. Wir können jetzt an viele verschiedene Bereiche der Politik in Basel-Stadt denken und ich glaube, vielleicht geht es Ihnen wie mir, es kommen mir wenig Beispiele in den Sinn, wo wirklich ein Masterplan erarbeitet wurde. Wo man kurz sagt, okay, wir machen schon viel und wir müssen noch mehr machen und wir schauen, wie wir das machen und es ist ein Masterplan. Und so wie Regierungsrat Mustafa Atici sich das auf die Fahne geschrieben hat seit seinem Wahlkampf, bevor er gewählt wurde, so zieht er das auch durch. Und das darf jetzt auch einmal genannt werden, auch von jemandem, der nicht in seiner Partei ist. Das finde ich bewundernswert und es ist extrem wichtig, dass die Berufsbildung weiterhin einen starken Stellenwert hat in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und dass das funktioniert.

Und jetzt kommen wir zu abweichenden Haltungen zwischen seiner Partei und meiner Partei, dem Prinzip der Eigenverantwortung. Das ist uns aus der LDP und auch sehr oft bei der SVP, wie ich das beobachte, sehr wichtig und zwar wollen wir auch hier beibehalten, dass die Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit halten können und dass sie sich dort unterscheiden können von anderen und so eben entscheiden können, wie attraktiv die Berufsbildung bei ihnen im Betrieb ist, wie attraktiv es ist, eine Lehre zu machen. Der Wettbewerb kann da eben entscheidend sein, weil wenn gewisse mit gutem Beispiel voranschreiten, müssen andere irgendwann nachziehen.



Und je mehr staatliche Abgaben wir machen, das gilt generell bei der Wettbewerbsfähigkeit, desto gebundener sind die Ausgaben von Unternehmen und desto unattraktiver und schwerer wird es zu wirtschaften. Deswegen stellen wir uns generell in der Tendenz gegen Fondslösungen und hier insbesondere. Es wäre eine weitere Belastung von Unternehmen und dagegen stellen wir uns.

Wir haben zudem in diesem Bereich wirklich schon eine überdurchschnittliche Förderung und wir sind in vielen Bereichen überdurchschnittlich, wir haben hohe Anforderungen in unserem Kanton und das ist auch unterstützenswürdig. Aber wir müssen nicht überall noch das bekannte Basel Finish obendrauf haben und noch besser sein und uns selber übertreffen. Deswegen finden wir auch hier, es wäre wie so das Tüpfchen auf dem I, aber man kann das I schon sehr gut lesen und deswegen brauchen wir auch das Tüpfchen nicht.

Zudem wird zwar ein schlanker Fonds verlangt, ein Fonds ist aber aus Prinzip eigentlich mit sehr viel Aufwand verbunden. Es braucht eine Gesetzesgrundlage, es braucht eine Verwaltung des Fonds, die Kommission muss gewählt werden, die Vergabe der Mittel muss definiert werden, es muss ein Kontrollprozess eingerichtet werden. Das kann mit noch so guter schlanker Intention geschehen, schlussendlich braucht es diese Schritte dafür. Diesen Aufwand könnte man direkt in die Berufsbildung stecken durch diese vielen Massnahmen, die wir schon haben und die jetzt offenbar auch im Rahmen dieses Masterplans noch einmal überdacht werden.

Was ich auch spannend finde, ist, dass wir grundsätzlich ja gar nicht wissen, ob es die fehlenden finanziellen Anreize sind, die zur Lehrstellensituation führen. Mir ist keine Evidenz bekannt, die besagt, dass zu wenig Anreize für Betriebe bestehen, auszubilden. Es wäre spannend, da wirklich eine Grundlage zu haben, ob es daran liegt, ob es aber vielleicht auch daran liegt, dass für junge Menschen einfach der Berufswahlprozess zu früh kommt und sie deswegen lieber noch ein bisschen in der Schule bleiben, wo sie mehr Ferien haben, wo sie wissen, sie haben noch Zeit, bis sie sich entscheiden müssen, wohin das Leben sie führen soll.

Es gibt ganz viele Gründe, die da ursächlich dafür sein könnten. Ob das nachher besser ist, nur weil alle in einen Fonds einzahlen, auch wenn sie vielleicht vom Betrieb her gar nicht geeignet sind, um auszubilden, das wissen wir nicht. Und dafür jetzt einen Fonds eventuell sogar als Motion, also sehr verbindlich zu fordern, das finde ich, ist einfach ein bisschen fahrlässig, weil wir die Grundlage nicht kennen und nicht wissen, ob das wirklich dann die Situation verbessert.

Kurz, wir finden, es soll gefördert werden mit Anreizen, die idealerweise wirklich Anreize sind und nicht Verpflichtungen, die wir staatlich den Betrieben auferlegen, statt einfach pauschal weiter zu belasten. Denn wir finden, es ist eben genau eine Stärke unseres Berufsbildungssystems, dass das sehr aus der Eigenverantwortung herauskommt, dass das uns so auch Wettbewerbsfähigkeit geben kann, dass viele Unternehmen sich generell in der Fachkräfteakquise, in der Arbeitskräfteakquise auch über ihre Berufsbildung auszeichnen. Und das wollen wir nicht durch eine staatliche Fondslösung in den Schatten stellen.

Deswegen bitten wir Sie, diesen Vorstoss nicht weiter zu überweisen und wenn Sie doch damit liebäugeln, dann tun Sie das als Anzug und nicht als Motion, aber am liebsten wirklich gar nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Stärkung der Berufsbildung ist ein überaus wichtiges und unbestrittenes Anliegen, das hat eben meine Vorrednerin sehr deutlich ausgeführt. Die Diskussion der GLP dreht sich darum auch nicht um das Ziel, sondern um den Weg dorthin. Wenn man die verschiedenen Stellungnahmen zum Berufsbildungsfonds liest, fällt vor allem eines auf: Die Meinungen darüber, wie ein solcher Berufsbildungsfonds konkret ausgestaltet werden müsste, gehen heute weit auseinander. Der Gewerbeverband unterstützt die Motion, die Handelskammer und der Arbeitgeberverband lehnen den Fonds grundsätzlich ab und der Regierungsrat anerkennt das Anliegen klar, möchte aber zuerst die komplexen Fragen klären.

Für die GLP zeigt das vor allem eines: Es braucht eine fundierte Grundlage. Wir müssen klären, wie Doppelbelastungen vermieden werden können, wir müssen sicherstellen, dass KMU entlastet werden, ohne gleichzeitig grosse Ausbildungsbetriebe zu bestrafen, wir müssen wissen, ob ein Fonds tatsächlich zusätzliche Lehrstellen schafft oder vor allem Geld umverteilt und wir müssen die Wirkung messen können.

Eine weitere Fragestellung betrifft die spezifische Basler Ausgangslage. Basel-Stadt unterstützt die Berufsbildung bereits heute in verschiedenen Bereichen. Offen ist, wie ein Berufsbildungsfonds in das bestehende System eingebettet werden soll. Aus Sicht der GLP muss klar sein, dass ein Fonds bestehende Förderinstrumente sinnvoll ergänzt und nicht einfach andere Finanzierungsquellen ersetzt. Und nicht zuletzt ist die grundlegende Frage der Modellwahl zu klären. Die Motion legt sich auf ein bestimmtes Solidaritätsmodell fest, bei dem grundsätzlich alle Betriebe einzahlen. Gleichzeitig wird Zürich als Vorbild genannt. Dort funktioniert der Fonds aber anders. Welches Modell ist also für Basel-Stadt überhaupt das richtige?



Dazu kommt die regionale Dimension des gemeinsamen Arbeitsmarkts mit Baselland und auch hier muss geprüft werden, ob eine koordinierte Lösung möglich ist, bevor wir in Basel-Stadt überhaupt gesetzliche Vorgaben schaffen.

Aus Sicht der GLP sind das keine Nebenschauplätze, das sind Fragen, die darüber entscheiden werden, ob ein solcher Fonds am Ende wirkt oder ob er Fehlanreize und zusätzlichen Aufwand schafft. Innerhalb der GLP haben wir abgewogen, welches Vorgehen angesichts der Komplexität stimmiger ist und haben uns für den schrittweisen Ansatz des Regierungsrats entschieden.

Mit der Überweisung als Anzug verabschieden wir uns aber noch nicht vom Gedanken eines Berufsbildungsfonds, im Gegenteil. Wir geben dem Regierungsrat den Auftrag, die offenen Fragen innerhalb von zwei Jahren vertieft zu prüfen und eine belastbare Grundlage zusammen mit den verschiedenen Akteuren auszuschaufen, die mehrheitsfähig wäre. Auf dieser Basis steht es dem Parlament offen, mit einer verbindlichen Motion. und konkreten Gesetzesvorlagen nachzulegen.

Wir Grünliberalen halten also fest, das Thema wird uns, ob Anzug oder Motion, weiter beschäftigen. Man kann heute Ja zur Stärkung der Berufsbildung sagen und gleichzeitig verlangen, dass zuerst die Hausaufgaben gemacht werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA möchten diese Motion als Motion weiterbehandeln. Ich habe schon bei der Erstüberweisung gesagt, dass ich mich freue, dass ein altes linkes Anliegen, nämlich die Schaffung eines Lehrstellenfonds, nun von bürgerlicher Seite und auch vom Gewerbeverband unterstützt wird. Auch der Regierungsrat hat ja durchaus Sympathien für diese Idee, die ja in mehreren Kantonen schon erfolgreich realisiert wurde. Da ist also keine Rede von Basel Finish und wir zwingen auch keine Lehrbetriebe dazu, irgendwelche Lehrstellen zu schaffen, das ist reine Fantasie.

Es spricht also eigentlich nichts dagegen, dass dies auch bei uns umgesetzt wird. Einzig die Argumentation, dass es noch eine ergebnisoffene Prüfung braucht, können wir diskutieren, aber wir sind nicht dafür. Auch wenn wir die Motion als Motion überweisen, besteht doch noch genug Zeit, um zu überprüfen, welche fundierten Grundlagen es braucht, welches Modell und welche Umsetzungsmodalitäten für die Rahmenbedingungen in Basel-Stadt passen. Da haben wir doch noch Zeit, wir setzen es ja nicht morgen um, wenn wir jetzt eine Motion beschliessen. Wir möchten dieser Idee einfach einen stärkeren Schub geben, wir möchten einen verbindlichen Auftrag geben und deshalb möchten wir die Motion als Motion weiterverfolgen. Ich bitte Sie, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Beda Baumgartner für die SP.

Beda Baumgartner (SP): Wir haben die inhaltliche Debatte zu dieser Motion und diesem Anliegen eigentlich schon sehr ausführlich in der ersten Runde geführt. Ich möchte noch zwei Dinge dazu sagen. Ich finde die Antwort des Regierungsrates sehr gut. Ich verstehe auch, dass er viel prüfen muss, dass er verschiedene Stakeholder einbeziehen muss. Ich bin aber überzeugt, dass mit einer Motion innerhalb von vier Jahren diese Fragen genau geklärt werden können, auch die Modellwahl. Eingehend auf das, was Sandra Bothe gesagt hat, glaube ich nicht, dass sich herausstellen würde, dass man zwingend am einen oder anderen Modell festhalten muss, wenn sich bei der Prüfung andere Lösungen ergeben.

Und nochmals grundsätzlich zum Anliegen. Das ist ja auch das Zentrale und Wichtige, das wir hier diskutieren. Das Anliegen wird jetzt vom Regierungsrat unterstützt und ich hoffe auch von einer Mehrheit in diesem Rat. Das Anliegen geht ja ganz konkret darum, egal mit welchem Modell man das macht, dass man die Berufsbildung in diesem Kanton stärkt. Ich habe jetzt, ausser dem Vorwurf des Basel Finish, den wir immer wieder in verschiedenen Kontexten hören, noch nicht so konkret gehört, warum diese Idee jetzt der Berufsbildung oder den betroffenen Betrieben konkret schaden soll. Und wenn jetzt der Regierungsrat mit Überweisung der Motion Ihnen etwas vorschlägt, mit dem Sie überhaupt nicht mitgehen können und angesichts dessen Sie unglaublich gut darlegen können, warum das jetzt am Schluss der Berufsbildung sogar schadet, dann müssen wir in maximal vier Jahren in diesem Rat die Umsetzung dieser Motion diskutieren und tatsächlich vielleicht schwerwiegende Korrekturen vornehmen. Aber aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates sehe ich diese Gefahr überhaupt nicht, im Gegenteil, ich sehe die Möglichkeit, dass er abstimmt und konzentriert, was er bereits tut, und ein funktionierendes Modell für Basel-Stadt etabliert und einführt.

Darum bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diese Motion als zweites Mal auch als Motion zu überweisen, weil Sie dem Regierungsrat sogar mehr Zeit geben, als wenn Sie es als Anzug überweisen, damit er ein gutes und kompetentes Modell erstellen und uns zur Abstimmung vorlegen kann.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Anina Ineichen für die GRÜNE/jgb.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist, wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, für Überweisung als Anzug. Das Anliegen im Grundsatz wird unterstützt. Ich habe ja auch die Motion mitunterzeichnet damals. Die Berufsbildung ist uns durchaus sehr wichtig, aber die Fraktion hat doch auch Bedenken oder befürchtet, dass ein Mehraufwand für die Betriebe besteht und auch allenfalls Mehrkosten.

Nun ist eine Motion eine Verpflichtung, es so umzusetzen und darum plädieren wir für Anzug, dass noch die zentralen Fragen geklärt werden können. Ich denke nicht, dass ein Fonds eingeführt werden kann, ohne dass ein Mehraufwand für die Betriebe entsteht. Die Frage ist, ob es ein Mehraufwand ist, der tragbar ist oder der nicht tragbar ist. Solche Fragen können im Rahmen eines Anzugs gut beantwortet werden.

Die Regierung hat in der Beantwortung noch weitere Fragen aufgeworfen und wir teilen das Anliegen, dass man vielleicht hier jetzt wirklich einen Zwischenstopp einlegen muss, nochmals zurückstufen, überlegen, was genau benötigt wird, welche Probleme sich stellen könnten, wie wir vermeiden können, dass eine weitere Belastung für die Betriebe entsteht und dann weitere Schritte machen, vielleicht wieder in Form einer Motion. Oder vielleicht kommt die Regierung dann auch selbst zum Schluss, dass sie einen Fonds einführen will, wenn das eine gute Idee ist. Darum sind wir für Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte-EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin schon sehr glücklich und dankbar, dass ich mit meinem Anliegen nicht alleine bin, sondern Unterstützung habe, auch dass das so gut angenommen wird. Die Meinung, dass man die Berufsbildung stärken soll, teilen wir hier im Saal alle. Die Argumente habe ich mir aufgeschrieben und ich möchte auf diese noch eingehen, weil ich glaube, das ist das letzte kritische Geschäft heute in diesem Rat. Es ist ganz wichtig für die Berufsbildung. Darum möchte ich wirklich, auch an meine Fraktion, für Motion plädieren. Wie schon gesagt wurde, können wir das auch in vier Jahren sauber aufgleisen, nicht von oben herab. Dieses Anliegen habe ich ja auch mit dem Gewerbeverband vorbesprochen und er unterstützt dieses Anliegen.

Und auch wenn wir als Motion überweisen, ist es kein Schnellschuss. Und liebe Anina von Falkenstein, ich bin natürlich auch für Eigenverantwortung, aber es gibt Situationen, in denen die Eigenverantwortung nicht funktioniert, nämlich genau dort, wo innerhalb einer Branche einige nicht ausbilden, diese Verantwortung nicht übernehmen und dann ausgebildete Fachleute nehmen für ihren Beruf. Das ist ein Problem und mit diesem Fonds wird die Solidarität gestärkt.

Und liebe GLP, manchmal seid ihr nicht so vorsichtig bei euren Kernthemen, möchtet ihr nicht nochmals prüfen und abklären, sondern hier seid ihr sehr schnell. Also ich bitte euch, hier auch mutig zu sein und etwas schnell umzusetzen, weil das Thema sehr dringend ist. Und ich verstehe das auch nicht von den Grünen, warum müssen wir jetzt einen Zwischenstopp machen? Nein, der Fonds ist klar und wir können das umsetzen und wir sind bereit, auch hier, wenn der Regierungsrat in der Ausarbeitung ist, Hand zu bieten für eine Lösung. Aber wir müssen keinen Zwischenstopp mehr machen, der Regierungsrat hat es deutlich gesagt, dass die Quote von Sekundarstufe II-Absolventen ohne Berufsbildung, ohne Abschluss viel zu hoch ist. Auch unsere Gymnasialquote ist zu hoch und ich möchte wirklich, dass wir die Berufsbildung weiter stärken, auch in unserem Kanton, wo wir nicht so viele KMU haben.

Und dieses Anliegen ist ein Anliegen direkt von der Branche, von den KMU, und ich kann allen hier im Saal auch versprechen, dass wir unsere Eigenverantwortung weiter tragen, auch wenn wir das machen. Wir sind Unternehmen. Und ich kann aus unserer Branche der Hotellerie zwei kleine Sachen sagen. Wir haben heute schon Mitgliederbeiträge, die werden umverteilt und die Betriebe, die ausbilden, bekommen einen speziellen Betrag. Wir haben gestern abgestimmt, das ist dieses Jahr 500 Franken pro Lehrling. Und was wir auch gemacht haben gestern, wir haben aus der Branche darüber nachgedacht, wie wir die Berufsbildung stärken können. Und wir haben gestern bei unserer Mitgliederversammlung eine Empfehlung ausgesprochen, dass wir allen unseren Lehrlingen in unserer Hotellerie und Gastronomie eine zusätzliche Ferienwoche freiwillig geben, um diese zu stärken. Und das ist Eigenverantwortung aus der Branche. Ab nächstem Jahr haben unsere Lehrlinge eine Woche mehr Ferien.

Also ich bitte Sie wirklich, die unentschlossen sind, folgen Sie mir, unserer Fraktion und überweisen dieses ganz wichtige Anliegen als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Annina von Falkenstein.



Annina von Falkenstein (LDP): Franz-Xaver Leonhardt, das war jetzt gerade eine Einladung. Das zeigt ja eben genau, dass in den Branchen die Lösungen funktionieren, dass man nahe an den Eigenheiten der Branche Lösungen finden kann und dass über Organisationen der Arbeitswelt, über Branchenverbände eben genau das umgesetzt werden kann, was es braucht, aus Eigenverantwortung und aus dem Gespür heraus, was es eben braucht und wie man aus anderen Branchen Lernende gewinnen kann, wie man vielleicht Leute, die sonst die Matura machen würden oder eine Fachmittelschule in den Beruf ziehen kann und genau das ist es ja, was genau dort wirkt, wo die Probleme gespürt werden.

Da verstehe ich auch nicht, wie der Gewerbeverband schlussendlich für eine übergestülpte Fondslösung ist, statt wirklich auch einzelne Branchen zu unterstützen oder zu vernetzen, um das branchenspezifisch zu lösen. Ich finde es das beste Beispiel, dass es funktioniert und dass auch Branchen mit sehr geringen Margen wie die Gastronomie, Hotellerie Lösungen finden und sich gegenseitig motivieren können durch zum Beispiel eine Branchenferienlösung. Die Frage ist, ob es irgendeinen Beweis gibt, auch aus den Kantonen, die diesen Fonds schon kennen, dass diese Sek II-Abschlussquote durch solch einen Berufsbildungsfonds steigt. Ich habe recherchiert, ich habe nichts gefunden. Und wenn man mit diesem Problem argumentiert, dann muss man auch Lösungen ins Feld führen, die dieses Problem, das wirklich eines ist gesellschaftlich gesehen, löst. Das macht der Berufsbildungsfonds nicht. Und deshalb auch beim zweiten Votum nochmals, ich bin für Ablehnen und ich hoffe, Sie folgen mir.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für Ihre wertvollen Voten. Ich habe mich darauf sehr gefreut. Heute über Mittag war ich fast zwei Stunden in der Sek 1 Holbein und ich habe versucht, Sek 1-Schülerinnen und -Schüler auch für die Berufsbildung zu gewinnen.

Ich würde sagen, dass wir mit dem Masterplan gut unterwegs sind. Erfreulicherweise konnten wir nach der letzten Auswertung des Bundes 2,5% zulegen, obwohl der nationale Trend leider nach unten ist. Aber wir sind weit entfernt vom nationalen Ziel von 95% als Sek II-Abschlussquote. Die nationale Quote ist 90,2%, bei uns ist es 97,5%. Und es gibt auch eine andere Realität, dass immer mehr Betriebe keine Lehrstelle anbieten oder weniger anbieten, aber am Schluss alle von diesen ausgebildeten Fachkräften profitieren.

Die Berufsbildung ist kein Plan B, es ist die wichtige Säule unseres Erfolgs. Wir sind offen, was in anderen acht Kantonen funktioniert hat und jetzt der Kanton Luzern prüft und wir möchten es auch prüfen. Daher wären wir sehr froh, wenn Sie diese Motion als Anzug überweisen könnten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Heidi Mück und weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009152, 10.06.26 17:05:39]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung wird wiederholt

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 45 Ja-Stimmen zu 46 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Wir müssen die Abstimmung entsprechend wiederholen. Wir starten nochmals mit der Eventualabstimmung.



Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009154, 10.06.26 17:06:36]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 45 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Annina von Falkenstein und weitere beantragen Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009156, 10.06.26 17:07:23]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 59 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

35. Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz, Schreiben des RR

[10.06.26 17:07:40, 26.5161.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich mitgeteilt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die Antwort nur ganz kurz überflogen und sie nur quergelesen. Ich bin an einem Satz hängengeblieben, dass die Regierung noch nie an einem Schüleressen teilgenommen habe. Ich bin mit der Antwort zufrieden, aber ich möchte den Hinweis geben. Wenn Sie, Regierungsrat Mustafa Atici, an einem solchen Essen teilgenommen hätten, gäbe es die Schlagzeile «Mustafa Atici isst Döner mit Schülern». Diese Schlagzeile käme toll rüber.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich bitte Sie, solche Bemerkungen zu unterlassen, es geht um allgemeines Schüleressen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Anzug der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend ergänzende Velomassnahmen zur Sanierung St. Jakobs-Strasse, Zeughaus - Birsstrasse, Schreiben des RR

[10.06.26 17:09:32, 20.5419.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

37. Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung, Schreiben des RR

[10.06.26 17:09:59, 26.5166.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich will nicht die Sitzung verlängern, aber ich möchte doch noch zwei, drei Sachen sagen. Ich danke der Regierungsrätin für die schriftliche Beantwortung. Im Wesentlichen wurde richtig gesagt, dass wir zuerst einmal die schriftliche Begründung abwarten sollen und dann mehr wissen. Ich möchte aber doch zwei Sätze sagen, und ich bitte Sie, diese mitzunehmen. Die Baurekurskommission macht aus meiner Sicht eine sehr gute Arbeit. Falls der Eindruck entstanden wäre, dass die Baurekurskommission Ziel der Kritik wäre, ist das nicht richtig. Es ist die Stadtbildkommission, die aus meiner Sicht das Problem ist, das wir angehen müssen. Die Baurekurskommission ist eine unabhängige Behörde, die ihre Aufgabe gut macht, aber mit der Stadtbildkommission haben wir ein echtes Problem.

Wer mit offenen Augen das anschaut und sich umhört, wie es bei Baugesuchsverfahren aussieht, stösst immer auf dieselben Themen. Alles geht lange, man wird hingehalten und man hört, dass es kaum bewilligungsfähig sein könnte, und man wird so lange weichgeklopft, bis man nachgibt, wider besseren Wissens, weil man nicht noch länger warten will.

In diesem Sinne ist interessant, was in der Antwort steht, dass bei 550 Gesuchen, die die Stadtbildkommission zu beurteilen hatte, nur ein einziges Mal ein negativer Entscheid dagewesen wäre. Das ist genau das Problem. Es ist in zweifacher Hinsicht erkennbar. Es ist mir nicht klar, warum 550 Baugesuche überhaupt dort landen, weil die Stadtbildkommission nur verbindlich entscheidet in der Schutzzone und nur in Fällen von grosser Tragweite bzw. grundsätzlicher Natur für das Stadtbild. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es innerhalb eines Jahres so viele Fälle geben kann. Die Stadtbildkommission ist viel zu oft offensichtlich im Einsatz, und dass es nur ein Mal zu einem negativen Entscheid kommt, ist genau das Problem, das zeigt, dass man die Leute hinhält, damit es dann nicht zu juristischen Abklärungen kommt.

Hier liegt noch vieles im Argen. Der Grosse Rat wollte schon einmal bei der Stadtbildkommission ansetzen, hat es versucht, aber offensichtlich ist man nicht viel weitergekommen. Der § 58 des Bau- und Planungsgesetzes, der von der guten Gesamtwirkung spricht, verwendet einen offenen Rechtsbegriff, der gefüllt werden muss mit Inhalt. Hinzu kommen Begriffe wie «grosse Tragweite» und «grundsätzlicher Natur» und «Ästhetik». Da ist so viel zufällig und frei, dass das Risiko, ganz



viele Blockaden zu erleben, genau in Bereichen, die wir eigentlich fördern möchten wie im Wohnungsbau, zu gross ist. Damit leisten wir uns etwas, das so auf Dauer doch zumindest hinterfragt werden muss.

Es gibt viel Verbesserungsbedarf, und ich gehe davon aus, dass ich bei schriftlichem Vorliegen der Begründung mit einem schriftlichen Vorstoss nachdoppeln werde, der dann verbindlichen Charakter haben wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bruno Lötscher, sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und wir haben die Traktandenliste abgearbeitet. Damit wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 20. Sitzung

17:15 Uhr